

INHALT:	Editorial	Seite 184
	GI Aktuell	Seite 184
	Rechtsberatung durch Steuerberater Honoraranspruch / Nichtigkeit des Gesamtvertrages / Anmerkung (BGH, Urt. v. 17.2.2000 - IX ZR 50/98)	Seite 187
	Anwaltshaftung Kündigungsschutzklage / Klage gegen Gemeinschuldner (OLG Frankfurt, Urt. v. 15.4.1999 - 1 U 26/98)	Seite 192
	Steuerberaterhaftung Kenntnis des Steuerrechts, Umsatzbesteuerung bei Geld- spielautomaten / Vorlage zum EuGH / FG-Beschluss in DStR / Fehler des Zweitberaters (OLG Hamm, Urt. v. 24.2.1999 - 25 U 131/98)	Seite 193
	Steuerberaterhaftung Sicherster Weg / Umfassende Beratung / Angebot des Finanzamts (OLG Düsseldorf, Urt. v. 28.1.1999 - 13 U 43/98)	Seite 196
	Treuhänderhaftung Gesamtschuld mit Beteiligungsgesellschaft / Anlegeransprüche, Abtretung an Beteiligungsgesellschaft (OLG Hamm, Urt. v. 11.6.1996 - 28 U 185/95)	Seite 198
	GI Hinweis: Kauf eines Unternehmens	Seite 204
	Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis	Seite 205



Editorial

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser,

der BGH hat sich nach dem Urteil vom 30.9.1999 (GI 2000, 5) erneut mit der **unerlaubten Rechtsberatung des Steuerberaters** befasst. Er hat klar gestellt, dass ihm ein vertraglicher Honoraranspruch wegen der **Nichtigkeit dieses Mandatsvertrages** nicht zustehen kann. Der Sachverhalt ist insoweit überraschend gewesen als der Steuerberater in einer Sozietät mit einem Rechtsanwalt arbeitete. Sein Sachvortrag eröffnete aber nur die Möglichkeit eines Abschlusses des Mandatsvertrages mit ihm und nicht mit der Sozietät.

Bezüglich des Honorars ist für den Steuerberater noch ein „Spalt“ offen geblieben: Der BGH lässt durch das OLG prüfen, ob Wertersatz wegen ungerechtfertigter Bereicherung des Mandanten erfolgen muss. Hier wird es entscheidend darauf ankommen, ob ein bewusster Verstoß gegen das Rechtsberatungsverbot gegeben war oder nicht. Nur in letzterem Fall kann der Steuerberater Honorar als Wertersatz erwarten.

Das OLG Hamm bestätigt, dass die vom Steuerberater erwartete **Steuerkenntnis** auch Vorlagebeschlüsse eines Finanzgerichts zum EuGH umfasst, wenn sie in **DStR** veröffentlicht werden.

Die Pflicht, den **nach den Umständen sichersten Weg aufzuzeigen**, verlangt vom Steuerberater, Vergleichsvorschläge des Finanzamts u.U. als beste Lösung zu empfehlen. Der Sachverhalt war insoweit ausgefallen, weil der Mandant den Vergleichsbetrag nur ohne Anerkennung einer Rechtspflicht zahlen wollte. Der Steuerberater begnügte sich mit der Mitteilung, dass eine derartige Zahlung nicht möglich sei, ohne darauf hinzuweisen, dass der Vergleichsbetrag in Anbetracht der Risiken günstig ist (OLG Düsseldorf).

Das GI-Archiv 1980-1999 - Rechtsprechung und Musterverträge - wird in Kürze als Update zur Verfügung stehen.

Voraussichtlich im Oktober 2000 wird in Zusammenarbeit mit der Deutschen Ausgleichsbank eine CD-ROM für freiberufliche Existenzgründer – Business-Plan, Gründerkredite, Rechtsformen, Steuerfragen, Versicherungen – angeboten.

Über beide Neuerscheinungen werden wir Sie gesondert informieren.



Mit freundlichen Grüßen
Ihr Dr. Jürgen Gräfe

GI Aktuell

BVerfG: Regelungen über „Einmalzahlungen“ sind mit dem allgemeinen Gleichheitssatz unvereinbar

Der Erste Senat des BVerfG hat im Verfahrenskomplex „Einmalzahlungen“ Folgendes entschieden:

1. Es **verstößt** gegen den allgemeinen Gleichheitssatz (Art. 3 Abs. 1 GG), von einmalig gezahltem Arbeitsentgelt (z.B. Weihnachtsgeld oder Urlaubsgeld) Beiträge zur Sozialversicherung zu erheben, ohne dass es bei der Berechnung von kurzfristigen Lohnersatzleistungen (insbesondere Arbeitslosengeld und Krankengeld) berücksichtigt wird. Die entsprechenden gesetzlichen Vorschriften sind mit dem GG **unvereinbar**.

2. Der Gesetzgeber hat bis Ende Juni 2001 eine verfassungskonforme Regelung zu erlassen. Er kann wählen, ob er eine verfassungsgemäße Rechtslage auf der **Beitragsseite** durch eine Änderung der Beitragsbelastung von Einmalzahlungen oder auf der **Leistungsseite** durch Einbeziehung von Einmalzahlungen in die Bemessungsgrundlage kurzfristiger Lohnersatzleistungen herbeiführt. Die Entscheidung des Ersten Senats enthält insoweit keine Vorgaben.

Ergeht bis zu diesem Zeitpunkt keine gesetzliche Neuregelung, kann § 23a SGB IV nicht mehr als Grundlage für die Heranziehung von Einmalzahlungen zu Sozialversicherungsbeiträgen dienen.

3. Hinsichtlich noch anhängiger Verfahren gilt: Der Gesetzgeber hat durch geeignete Regelungen sicherzustellen, dass einmalig gezahlte Arbeitsentgelte bei den Lohnersatzleistungen berücksichtigt werden, über deren Gewährung für die Zeit **nach dem 1.1.1997** noch **nicht bestandskräftig** entschieden worden ist.

Zur Begründung:

Auch nach dem Inkrafttreten des Einmalzahlungsgesetzes im Dezember 1996 werden Versicherte mit gleich hoher Beitragsleistung umso stärker bei kurzfristigen Lohnersatzleistungen benachteiligt, je höher der Anteil ihres beitragspflichtigen einmalig gezahlten Arbeitsentgeltes am beitragspflichtigen Gesamt-arbeitsentgelt ist. Demgegenüber werden die Versicherten bei den Lohnersatzleistungen umso stärker bevorzugt, je geringer der Anteil des beitragspflichtigen einmalig gezahlten Arbeitsentgeltes ist.

Für diese Ungleichbehandlung sind hinreichende sachliche Gründe nach wie vor nicht ersichtlich. Selbst wenn mittlerweile nur noch ein deutlich geringerer Teil der Arbeitnehmer einmalig gezahltes Arbeitsentgelt erhielte, bliebe der Gleichheitsverstoß bestehen. Auch dann wäre noch eine hinreichend große Zahl von Personen benachteiligt, die der Gesetzgeber auch bei Typisierungen nicht ohne Verstoß gegen Art. 3 Abs. 1 GG außer Betracht lassen dürfte.

1. Arbeitslosengeld

Wenn es der Gesetzgeber dabei belässt, die Höhe der jeweiligen Lohnersatzleistung grundsätzlich an den beitragspflichtigen Arbeitsentgelten zu orientieren, so müssen alle beitragspflichtigen Arbeitsentgelte berücksichtigt werden. Das gilt unabhängig davon, wie der Gesetzgeber das konkrete Sicherungsziel bestimmt.

Der Gesetzgeber muss das beitragspflichtige einmalig gezahlte Arbeitsentgelt so berücksichtigen, dass Versicherte mit einem gleich hohen beitragspflichtigen Arbeitsentgelt auch mit einer gleich hohen Lohnersatzleistung rechnen können, wenn sich ihre Situation nur dadurch unterscheidet, dass einige von ihnen mehr, andere weniger und wieder andere überhaupt kein einmalig gezahltes Arbeitsentgelt erhalten haben.

2. Krankengeld/Übergangsgeld

Für die Bemessung des Krankengeldes gelten die gleichen Grundsätze. Der Gleichheitsverstoß wird nicht durch die Gewährung des zusätzlichen Krankengeldes nach § 47a SGB X ausgeglichen. Die Vorschrift hat nach ihrer Auslegung durch die vorlegenden Gerichte praktisch keinen Anwendungsbereich.

An der mangelnden Eignung dieser Regelung zur Behebung des Gleichheitsverstoßes ändert sich auch nichts, wenn diese Vorschrift als eine so genannte Gleichwohlgewährungsvorschrift interpretiert wird. Dient nach dieser Auslegung das zusätzliche Krankengeld der Absicherung eines – trotz Arbeitsunfähigkeit des Arbeitnehmers – arbeitsrechtlich bestehenden Anspruchs auf einmalig gezahltes Arbeitsentgelt, so wird gerade nicht der Arbeitsentgeltausfall wegen Arbeitsunfähigkeit abgedeckt. Vielmehr wird der Arbeitnehmer nur gegen die Zahlungsunwilligkeit des Arbeitgebers abgesichert und das Risiko der Insolvenz des Arbeitgebers der Krankenkasse auferlegt.

3. Folgen der Entscheidung

a) Die beanstandete Regelung des § 23a SGB IV kann längstens bis zum 30.6.2001 fortgelten. Wenn bis zu diesem Zeitpunkt keine gesetzliche Neuregelung in Kraft getreten ist, kann § 23a SGB IV nicht mehr als Grundlage für die Heranziehung von Einmalzahlungen zu Sozialversicherungsbeiträgen dienen.

b) Der Gesetzgeber hat durch geeignete Regelungen sicherzustellen, dass einmalig gezahlte Arbeitsentgelte bei den Lohnersatzleistungen berücksichtigt werden, soweit über deren Gewährung für die Zeit nach dem 1.1.1997 noch nicht bestandskräftig entschieden worden ist. Dem Gesetzgeber bleibt es unbenommen, statt einer individuellen Neuberechnung der Altfälle die Bemessungsentgelte pauschal um 10% anzuheben. Denn um diesen Prozentsatz erhöhen sich im Durchschnitt die Lohnersatzleistungen bei Berücksichtigung einmalig gezahlter Arbeitsentgelte, wenn aufgrund der vorliegenden Informationen über die Lohnstruktur bei ganzjährigen Beschäftigungsverhältnissen davon ausgegangen wird, dass die Mehrzahl der Versicherten ein Weihnachts- und Urlaubsgeld erhält.

c) Über Leistungsanträge, die vor dem Inkrafttreten der gesetzlichen Neuregelung neu gestellt werden, bzw. über alte Leistungsanträge, die bislang noch nicht entschieden worden sind, kann die Verwaltung vorläufig entscheiden. Die für verfassungswidrig erklärten leistungrechtlichen Bemessungsvorschriften sind in die für die Zeit bis 30.6.2001 angeordnete Weitergeltungsanordnung **nicht** mit einbezogen. (BVerfG, Beschl. v. 24.5.2000 – 1 BvL 1/98 u.a.)

Pressemitteilung d. BVerfG v. 21.6.2000

BFH: Bezahlung der Zinsen für die Immobilie der Ehefrau ermöglicht grundsätzlich nur bei gemeinsamer Darlehensaufnahme beider Ehegatten den Schuldzinsenabzug

Der Bundesfinanzhof (BFH) – IX. Senat – hat in zwei Fällen die Voraussetzungen konkretisiert, unter denen **Schuldzinsen als Werbungskosten** bei den Einkünften aus Vermietung und Verpachtung abziehbar sind, wenn der Ehemann die Schuldzinsen für ein Darlehen zur Finanzierung der Immobilie seiner Ehefrau bezahlt hat (Urteile vom 2.12.1999 – IX R 45/95 und IX R 21/96).

Voraussetzung für den Werbungskostenabzug ist grundsätzlich, dass der Ehegatte, der die Vermietungseinkünfte aus seiner Immobilie erzielt, die Zinsaufwendungen selbst getragen hat. Nach der Rechtsprechung des Großen Senats des BFH sind Zins- und Tilgungsleistungen auf eine solche Darlehensschuld allerdings in vollem Umfang als für Rechnung des Eigentümer-Ehegatten aufgewendet anzusehen, **wenn das Darlehen zu Lasten beider Eheleute aufgenommen worden ist**. Dann sind die Schuldzinsen in vollem Umfang als Werbungskosten abziehbar, **unabhängig davon, welcher Ehegatte sie tatsächlich bezahlt hat**.

Diese Rechtssätze sind aber **nicht auf vom Ehemann bezahlte Schuldzinsen für ein Darlehen übertragbar, das er allein zur Finanzierung der Immobilie seiner Ehefrau aufgenommen hat**. Denn dann leistet der Ehemann die Zinsen für eine allein ihn treffende Schuld. Die Schuldzinsen sind in diesem Fall daher grundsätzlich nicht abziehbar.

Die Ehefrau kann die Schuldzinsen für das vom Ehemann aufgenommene Darlehen jedoch dann als Werbungskosten bei ihren Einkünften aus Vermietung und Verpachtung abziehen, wenn sie sie aus eigenen Mitteln bezahlt hat. Dies ist der Fall, wenn sie ihre Mieteinnahmen mit der Maßgabe auf das Konto des Ehemannes überweist, dass dieser daraus die Schuldzinsen entrichten soll.

(BFH, Urt. v. 2.12.1999 - IX R 45/95 u. IX R 21/96)

Pressemitteilung d. BFH v. 11.5.2000

BFH: Eigenheimzulage nur entsprechend dem jeweils erworbenen Miteigentumsanteil

Nach dem Eigenheimzulagengesetz (EigZulG) kann ein Anspruchsberechtigter den Förderungsgrundbetrag der Eigenheimzulage nur entsprechend seinem Miteigentumsanteil in Anspruch nehmen, wenn mehrere Anspruchsberechtigte Eigentümer einer Wohnung sind. Erwerben Ehegatten gemeinsam eine Wohnung oder erwirbt ein Miteigentümer weitere Eigentumsanteile hinzu, stellt sich die Frage, in welchem Umfang Eigenheimzulage gewährt wird.

Der Bundesfinanzhof (BFH) hat nunmehr mit Urteil vom 6.4.2000 - IX R 90/97 entschieden, dass **Ehegatten als Miteigentümer einer eigengenutzten Wohnung** den Fördergrundbetrag nur entsprechend ihrem jeweiligen Miteigen-

tumsanteil in Anspruch nehmen können. Außerdem kann ein Anspruchsberechtigter, der bereits zuvor Miteigentümer einer eigengenutzten Wohnung ist und einen weiteren Miteigentumsanteil hinzuerwirbt, den Fördergrundbetrag der Eigenheimzulage nur entsprechend dem neu hinzuerworbenen Miteigentumsanteil in Anspruch nehmen.

Im Streitfall war der Kläger zusammen mit seiner Mutter Eigentümer eines Hauses. Diese Gütergemeinschaft wurde auseinander gesetzt, indem das Grundstück zu $\frac{3}{4}$ auf den Kläger und zu $\frac{1}{4}$ auf dessen Ehefrau übertragen wurde. Das Finanzamt (FA) gewährte nur die Hälfte des Fördergrundbetrages. Der Kläger begehrte den ungekürzten Fördergrundbetrag, da er nunmehr zusammen mit seiner Ehefrau Eigentümer der gesamten Wohnung sei.

Der BFH hat entschieden, dass Ehegatten nicht gemeinsam als ein Anspruchsberechtigter behandelt werden könnten, sondern die Eigenheimzulage nur nach ihren Miteigentumsanteilen beanspruchen könnten. Da der Kläger bereits vor der Auseinandersetzung der Gütergemeinschaft Miteigentümer zu $\frac{1}{2}$ gewesen sei, habe er nur einen Anspruch auf Eigenheimzulage entsprechend dem neu hinzuerworbenen Miteigentumsanteil. Im Ergebnis ist damit die Auffassung der Finanzverwaltung bestätigt worden.

Das Urteil hat für das Eigenheimzulagenrecht grundsätzliche Bedeutung. Insbesondere bei der Auseinandersetzung von Gütergemeinschaften und im Zusammenhang mit der Erbauseinandersetzung kommt es häufig vor, dass ein Miteigentümer weitere Eigentumsanteile an einer Wohnung hinzuerwirbt.

(BFH, Urt. v. 6.4.2000 - IX R 90/97)

Pressemitteilung d. BFH v. 15.6.2000

BFH: Auskunftspflicht von Stromversorgungsunternehmen über Bankverbindungen von Steuerpflichtigen

Mit Urteil vom 22.2.2000 - VII R 73/98 hat der Bundesfinanzhof (BFH) die Befugnis des Finanzamts (FA) bejaht, von einem Stromversorger Auskunft über ihm bekannte Konten seiner Kunden zu verlangen.

Der Entscheidung lag folgender Sachverhalt zugrunde:

Rechtsberatung durch Steuerberater

Im Vollstreckungsverfahren gegen einen Steuerschuldner hatte sich das FA an ein Stromversorgungsunternehmen (S-AG) mit einem Auskunftersuchen gewandt. In dem Ersuchen hatte das FA unter Hinweis auf § 93 der Abgabenordnung (AO 1977) von der S-AG verlangt, falls der Steuerpflichtige ihr eine Einzugsermächtigung erteilt habe, das darin angegebene Kreditinstitut; die Bankleitzahl und die Kontonummer mitzuteilen. Auf die gegen das Auskunftersuchen und die damit verbundene Androhung eines Zwangsgeldes beim Finanzgericht erhobene Klage hob dieses das Auskunftersuchen und die Zwangsgeldandrohung auf. Im Revisionsverfahren gab der BFH nun dem FA Recht.

Die Finanzbehörde könne Dritte gemäß § 93 AO 1977 auch für Zwecke der Vollstreckung von Steuerschulden zur Auskunftserteilung anhalten, ob dem Dritten eine Bankverbindung des Vollstreckungsschuldners bekannt sei. Das Auskunftersuchen stehe im pflichtgemäßen Interesse der Behörde und müsse in nachvollziehbarer Weise begründet werden. Dabei sei eine Interessenabwägung vorzunehmen zwischen dem öffentlichen Interesse an der Auskunftserteilung und dem Individualinteresse des unbeteiligten Dritten, nicht in ein fremdes Besteuerungsverfahren hineingezogen zu werden. Wegen des hoch zu bewertenden Interesses der Allgemeinheit an der gleichmäßigen Festsetzung und Durchsetzung von Steueransprüchen sei einem Dritten im Regelfall auch dann zuzumuten, ein Auskunftersuchen zu beantworten, wenn dadurch eigene wirtschaftliche Interessen nicht unverhältnismäßig beeinträchtigt würden.

Eine Rangfolge, welcher von mehreren möglichen Auskunftspflichteten in Anspruch zu nehmen sei, gebe § 93 AO 1977 nicht vor. Eine Begründung durch das FA, warum es einen bestimmten Auskunftspflichteten vor einem anderen Auskunftspflichteten in Anspruch nimmt, hält der BFH nur dann für erforderlich, wenn gewichtige Anhaltspunkte dafür sprechen, dass der andere durch die Auskunftserteilung erkennbar geringer belastet würde und die gewünschte Auskunft dennoch ebenso leicht und einwandfrei zu erhalten sei. Im Streitfall sei danach das FA nicht gehalten gewesen, vorrangig Auskünfte über gespeicherte Bankkonten bei der Schufa oder einer anderen allgemeinen Auskunft einzuholen.

(BFH, Urt. v. 22.2.2000 - VII R 73/98)

Pressemitteilung d. BFH v. 20.6.2000

- Honoraranspruch
 - Nichtigkeit des Gesamtvertrages
 - Anmerkung
- (BGH, Urt. v. 17.2.2000 - IX ZR 50/98)

Leitsätze:

1. Ein Steuerberater, der unerlaubt eine fremde Rechtsangelegenheit geschäftsmäßig besorgt (hier: Geltendmachung von Rückübertragungsansprüchen nach dem Vermögensgesetz und Veräußerung von Grundstücken), hat keinen Anspruch auf Vergütung aus dem nichtigen Geschäftsbesorgungsvertrag (§ 134 BGB i.V.m. Art. 1 § 1 RBERG).

2. Ist der Geschäftsbesorgungsvertrag eines Steuerberaters wegen Verstoßes gegen ein gesetzliches Verbot nach § 134 BGB unwirksam, so kann diesem eine Vergütung aus ungerechtfertigter Bereicherung (§§ 812 ff BGB) zustehen, wenn ihm nicht bewusst war, dass er gegen ein gesetzliches Verbot verstieß.

Zum Sachverhalt:

Die Kläger zu 1) und zu 3), beide Steuerberater, gehören mit dem Kläger zu 2), einem Rechtsanwalt und Steuerberater, einer bürgerlich-rechtlichen Sozietät an. Die Kläger verlangen vom Beklagten Zahlung von „Beratungskosten der Sozietät“ in Höhe von 124.200 DM, die dem Mandanten Dr. I. (künftig auch: Auftraggeber oder Mandant) anlässlich der Durchsetzung von Rückübertragungsansprüchen nach dem Vermögensgesetz und des Verkaufs von zwei Grundstücken entstanden sein sollen und die der Beklagte übernommen haben soll.

Ab 1991 erreichte der Kläger zu 1), der damals nur mit dem Kläger zu 2) in einer Sozietät verbunden war, im Auftrag des Mandanten die Rückgabe von zwei Grundstücken nach dem Vermögensgesetz und deren Veräußerung, wobei nach dem Willen des Auftraggebers die Grundstückskäufer dessen Honorarschuld übernehmen sollten.

1994 bekundete die E.-GmbH ihr Interesse an den Grundstücken. Dieser Gesellschaft schrieb der Kläger zu 1) – auf einem Briefbogen der damals bestehenden Sozietät – am 9.12.1994 Folgendes:

„Wegen Übernahme der Beratungskosten schlage ich folgende Vereinbarung vor:

Im Zusammenhang mit den Kaufverträgen über die Grundstücke ... übernehmen die Käufer die Beratungskosten der Sozietät ..., die dem Eigentümer ... für die Rückübertragung der Grundstücke und die Führung der Verkaufsverhandlungen entstanden sind.

Es handelt sich um einen Betrag	
in Höhe von	DM 108.000
zuzüglich 15% Mehrwertsteuer	DM 16.200
Insgesamt:	DM 124.200.

Der Betrag ist je hälftig bei Fälligkeit der Kaufpreise der oben genannten Grundstücke zu bezahlen. Die Kostenübernahme wird ausdrücklich anerkannt. Ein Widerruf ist ausgeschlossen.

Sofern Sie mit der Vereinbarung einverstanden sind, darf ich Sie bitten, den Text auf einen Briefbogen der Käufer zu übertragen, rechtsverbindlich zu unterschreiben und mir vor dem Notariatstermin zu übergeben.

Gleichzeitig bestätige ich Ihnen, dass der Gesamtkaufpreis für die beiden Grundstücke DM 2.800.000 beträgt. Die Aufteilung dieses Betrages auf die beiden Grundstücke überlasse ich den Käufern.“

Mit notariellem Vertrag vom 13.12.1994 schenkte der Mandant, vertreten durch einen Mitarbeiter der Sozietät, seinen Kindern, vertreten durch den Kläger zu 1), die Ansprüche auf Rückübertragung eines Grundstücks. Sodann veräußerten die Kinder des Mandanten, vertreten durch den Kläger zu 1), an demselben Tage dieses Grundstück u.a. an den Beklagten für 1.250.000 DM.

Weiterhin verkaufte der Auftraggeber, vertreten durch den Kläger zu 1), an demselben Tage das andere Grundstück für 1.550.000 DM; bezüglich dieses Grundstücks wollte der Beklagte als Baubetreuer tätig werden. Diese Kaufverträge wurden durchgeführt.

Anlässlich dieser Veräußerungen unterzeichnete der Beklagte ebenfalls am 13.12.1994 folgenden Nachtrag zum Schreiben des Klägers zu 1) an die E.-GmbH:

„Die Rechnungen werden von der Steuerkanzlei ... gesondert in Rechnung gestellt. Rechnungsadresse ist die der Käufer, die sich aus den Notarurkunden ergibt.

Einverstanden 13.12.1994

Die Verpflichtung gilt auch für das Grundstück ..., welches ... (der Beklagte) nicht erwirbt, sondern als Baubetreuer tätig ist.

13.12.1994.“

Der Kläger zu 3) trat später in die Sozietät ein.

Die Klage auf Zahlung von 124.200 DM zuzüglich Zinsen ist in den Vorinstanzen abgewiesen worden. Mit ihrer Revision verfolgen die Kläger den Klageanspruch weiter.

Die Revisionen der Kläger zu 2) und zu 3) sind erfolglos. Die Revision des Klägers zu 1) führt insoweit zur Aufhebung des Berufungsurteils und zur Zurückverweisung der Sache, als zu seinem Nachteil erkannt worden ist.

Aus den Gründen:

I.

Das Berufungsgericht hat die Erklärungen des Beklagten vom 13.12.1994 rechtsfehlerfrei dahin ausgelegt, dass sie keine selbständige, von einem Grundgeschäft gelöste Verpflichtung (§§ 780, 781 BGB) enthielten (vgl. dazu BGH, Urt. v. 18.5.1995 - VII ZR 11/94, NJW-RR 1995, 1391 f) und auch kein bestätigendes (deklaratorisches) Schuldanerkenntnis seien, das einen Streit oder eine Ungewissheit der Parteien über das Bestehen einer Schuld beilegen solle (vgl. BGHZ 66, 250, 255; BGH, Urt. v. 1.12.1994 - VII ZR 215/93, NJW 1995, 960, 961; v. 24.6.1999 - VII ZR 120/98, WM 1999, 2119, 2120).

II.

Nach unbeanstandeter tatrichterlicher Auslegung ist eine **Schuldübernahme** (§ 414 BGB) zustande gekommen mit dem Inhalt, dass der Beklagte mit seinen Erklärungen vom 13.12.1994 im Anschluss an das Schreiben der Kläger zu 1) und zu 2) an die E.-GmbH vom 9.12.1994 die darin erwähnten „Beratungskosten“ der Sozietät dieser Kläger von pauschal 108.000 DM zuzüglich Mehrwertsteuer von 16.200 DM, „die dem Eigentümer ... für die Rückübertragung der Grundstücke und die Führung der Verkaufsverhandlungen entstanden sind“, anstelle dieses Honorarschuldners übernommen hat.

Das Berufungsgericht hat für den Fall, dass diese Vereinbarung als Nebenabrede der Grundstückskaufverträge hätte notariell beurkundet

werden müssen (§ 313 Satz 1 BGB), zu Recht angenommen, dass der Formmangel gemäß § 313 Satz 2 BGB geheilt worden ist.

Nach § 417 Abs. 1 BGB kann der Übernehmer dem Gläubiger grundsätzlich alle Einwendungen entgegenhalten, welche sich aus dem Rechtsverhältnis zwischen dem Gläubiger und dem früheren Schuldner ergeben. Mit Rücksicht darauf hat das Berufungsgericht angenommen, dass die Schuldübernahme ins Leere gegangen sei, weil die übernommene Verbindlichkeit nicht bestehe.

Dazu hat das Berufungsgericht ausgeführt: Gegenstand des Geschäftsbesorgungsvertrages mit dem Mandanten seien die Geltendmachung der Ansprüche auf Rückübertragung der beiden Grundstücke nach dem Vermögensgesetz und deren Veräußerung gewesen. Damit habe der Mandant nicht die Sozietät der Kläger, sondern nur den Kläger zu 1), **seinen langjährigen Steuerberater, beauftragt, der als einziges Sozietätsmitglied diese Geschäfte besorgt habe. Soweit dieser Restitutionsansprüche geltend machen sollen, verstoße der Geschäftsbesorgungsvertrag gegen Art. 1 § 1 des Rechtsberatungsgesetzes (RBerG) und sei deswegen nichtig (§ 134 BGB).**

Insoweit sei die Tätigkeit des Klägers zu 1) nach dem Klagevortrag auf die Besorgung einer fremden Rechtsangelegenheit gerichtet gewesen. Die Teilnichtigkeit des Vertrages habe die Unwirksamkeit der Abrede über ein Pauschalhonorar für die Gesamttätigkeit des Klägers zur Folge; es sei auch nicht abgrenzbar, welcher Anteil der Gesamtvergütung auf die unerlaubte Rechtsbesorgung entfalle und inwieweit sie die erlaubte Geschäftsbesorgung der Grundstücksverkäufe betreffe.

1. Diese Ausführungen halten den Rügen der Revision insoweit stand, als diese geltend macht, der Mandant habe der damals bestehenden Sozietät der Kläger zu 1) und zu 2) ein Gesamtmandat erteilt, aus dem auch der – nach der Schuldübernahme des Beklagten in diese Sozietät eingetretene – Kläger zu 3) berechtigt und verpflichtet worden sei.

Nach ständiger Rechtsprechung, auf die die Revision Bezug nimmt, ist ein Mandat, das ein Mitglied einer Rechtsanwaltssozietät (§§ 705 ff BGB) annimmt, in der Regel dahin auszulegen, dass der Anwaltsvertrag auch mit den übrigen verbundenen Rechtsanwälten geschlossen

wird, so dass alle Sozietätsmitglieder für die ordnungsmäßige Erfüllung der Anwaltspflichten als Gesamtschuldner haften (BGHZ 56, 355, 358 ff; 70, 247, 248 f; 124, 47, 48 f; BGH, Urt. v. 8.7.1999 – IX ZR 338/97, WM 1999, 1846, 1847).

Wegen besonderer Umstände des Einzelfalls können die wechselseitigen Vertragserklärungen ausnahmsweise dahin auszulegen sein, dass einem Sozietätsanwalt ein **Einzelmandat** erteilt wird (BGHZ 56, 355, 361; 124, 47, 49; BGH, Urt. v. 8.7.1999, a.a.O., 1847, 1848). Ein solcher Ausnahmefall ist von einem anderen Sozietätsmitglied, das wegen Verletzung der Vertragspflicht des sachbearbeitenden Rechtsanwalts in Anspruch genommen wird, zu beweisen (BGH, Urt. v. 8.7.1999, a.a.O., 1848).

Bei einer gemischten Sozietät – wie im vorliegenden Fall – ist ein Vertrag, der zwischen dem Auftraggeber und einem Sozietätsmitglied geschlossen wird, in der Regel dahin auszulegen, dass nur diejenigen Mitglieder der Sozietät die Vertragserfüllung übernehmen sollen, die berufsrechtlich und fachlich dazu befugt sind (BGH, Urt. v. 3.6.1993 – IX ZR 173/92, WM 1993, 1677, 1681; v. 16.12.1999 – IX ZR 117/99, z.V.b.).

Diese Auslegungsregeln schließen es nicht aus, dass im Einzelfall eine Vereinbarung geschlossen wird, auf die diese Grundsätze nicht angewendet werden können. Davon ist das Berufungsgericht im vorliegenden Fall zu Recht ausgegangen. Es hat rechtsfehlerfrei festgestellt, **dass der Auftraggeber das einheitliche Mandat nur dem Kläger zu 1) – einem Steuerberater – erteilt hat.** Für ein solches Einzelmandat spricht das eigene **Vorbringen der Kläger**, das insoweit mit demjenigen des Beklagten im Wesentlichen übereinstimmt.

Die Kläger haben vorgetragen, **der Kläger zu 2) – Rechtsanwalt und Steuerberater – sei nicht in die Vertragstätigkeiten eingebunden gewesen;** dies sei nur bezüglich des Klägers zu 1) und des Mitarbeiters H. der Fall gewesen. **Zu keinem Zeitpunkt sei von Anwaltskosten die Rede gewesen. Steuerberatern sei es unbenommen, für ihre Mandanten Rückübertragungsansprüche durchzusetzen.** Nach seinem Schreiben vom 3.1.1997 hat der Mandant den Kläger zu 1) nicht „als Anwalt beauftragt“, vielmehr ist dieser als langjähriger Steuerberater des Auftraggebers „in dieser Sache tätig“ gewesen. Nach unbeanstandeter tatrichterlicher Feststellung hat der Kläger zu 1) als einziges Sozietätsmitglied die Erledigung des Auftrags betrieben.

Da danach kein Gesamtmandat erteilt worden ist, ist die Klage der Kläger zu 2) und zu 3) unbegründet.

2. Das Berufungsgericht hat zu Recht angenommen, dass der Geschäftsbesorgungsvertrag des Klägers zu 1) (künftig: der Kläger) mit seinem Auftraggeber eine unerlaubte geschäftsmäßige Besorgung einer fremden Rechtsangelegenheit insoweit zum Gegenstand hatte und deswegen einschließlich der behaupteten Honorarabrede nichtig ist, als der Kläger Rückübertragungsansprüche seines Mandanten nach dem Vermögensgesetz geltend zu machen hatte (§ 134 BGB i.V.m. Art. 1 § 1 RBerG).

Der Kläger hat nach eigenem Vorbringen seinen Auftraggeber insoweit rechtlich beraten sowie gegenüber Dritten und Behörden vertreten. Er hat vorgetragen, die außerordentlich problematische Rückübertragung der Grundstücke sei über mehrere Jahre betrieben worden, habe sechs Reisen in die neuen Bundesländer und Besprechungen mit Behörden erfordert, in denen die rechtlichen Hindernisse ausgeräumt worden seien; schließlich seien eine gütliche Einigung bezüglich der beiden Grundstücke und ein entsprechender Feststellungsbescheid erreicht worden. Danach hat der Kläger eine fremde Rechtsangelegenheit besorgt mit dem Ziel, bestimmte Ansprüche seines Auftraggebers zu verwirklichen (vgl. BGH, Urt. v. 25.2.1999 – IX ZR 384/97, NJW 1999, 1715 m.w.N.; Altenhoff/Busch/Chemnitz, Rechtsberatungsgesetz 10. Aufl., Art. 1 § 1 Rdnr. 61; Rennen/Calibe, Rechtsberatungsgesetz 2. Aufl., Art. 1 § 1 Rdnr. 24 ff; Gehre, Steuerberatungsgesetz 3. Aufl., § 33 Rdnr. 13).

Mit dieser allgemeinrechtlichen Tätigkeit ist der Kläger über seinen beruflichen Wirkungskreis als Steuerberater (Art. 1 § 4 Abs. 2, 3 RBerG, §§ 1, 32, 33 StBerG) hinausgegangen. Er hat nicht behauptet, dass die Wahrnehmung der Restitutionsansprüche des Mandanten auch steuerliche Fragen aufgeworfen habe. **Zumindest standen Steuerfragen nicht im Vordergrund**, so dass es zur Hilfeleistung als Steuerberater nicht zwingend erforderlich war, die Rechtsberatung und -vertretung hinsichtlich der Ansprüche nach dem Vermögensgesetz mitzubesorgen. Vielmehr konnten diese Bereiche getrennt und die Wahrnehmung der Rückübertragungsansprüche einem Rechtsanwalt überlassen werden (vgl. BGHZ 37, 258, 260 f; 70, 12, 15; BGH, Urt. v. 27.5.1963 – II ZR 168/61, NJW 1963, 2027 f; v. 7.5.1992 – IX ZR 151/91, NJW-RR 1992, 1110, 1115).

Nach unbeanstandeter, rechtsfehlerfreier Feststellung des Berufungsgerichts hat der Kläger die fremde Rechtsangelegenheit – über lange Zeit – geschäftsmäßig besorgt. Die Geschäftsmäßigkeit erfordert eine selbständige Tätigkeit, bei der der Handelnde beabsichtigt, sie – sei es auch nur bei sich bietender Gelegenheit – in gleicher Art zu wiederholen und dadurch zu einem dauernden und wiederkehrenden Teil seiner Beschäftigung zu machen. Dafür kann eine einmalige Tätigkeit genügen (BGH, Urt. v. 5.6.1985 – IVa ZR 55/83, NJW 1986, 1050, 1051; v. 5.2.1987 – I ZR 100/86, NJW-RR 1987, 875, 876; BVerwG, NJW 1988, 220; Altenhoff/Busch/Chemnitz, a.a.O., Art. 1 § 1 Rdnr. 102 ff; Rennen/Calibe, a.a.O., Art. 1 § 1 Rdnr. 39 ff).

Eine solche Tätigkeit des Klägers mit Wiederholungsabsicht ist schon deswegen anzunehmen, weil er noch im vorliegenden Rechtsstreit die Ansicht vertreten hat, „selbstverständlich“ sei es Steuerberatern unbenommen, für ihre Mandanten Rückübertragungsansprüche durchzusetzen.

Danach hat der Kläger gegen das Verbot des Art. 1 § 1 RBerG verstoßen. Der Zweck dieser Vorschrift, die Rechtsuchenden vor den Gefahren einer ungenügenden und nicht sachgerechten Beratung und Vertretung zu schützen, kann nur durch die Nichtigkeit des verbotswidrigen Geschäftsbesorgungsvertrages erreicht werden (§ 134 BGB; vgl. BGHZ 37, 258, 261 f; BGH, Urt. v. 21.3.1996 – IX ZR 240/95, NJW 1996, 1954, 1955; Urt. v. 25.2.1999, a.a.O., 1717; v. 30.9.1999 – IX ZR 139/98, WM 1999, 2360, 2361). Die Unwirksamkeit erstreckt sich auch auf den Teil des Geschäftsbesorgungsvertrages, der die vom Berufungsgericht für erlaubt gehaltene Tätigkeit des Klägers beim Verkauf der Grundstücke betrifft (§ 139 BGB; vgl. BGHZ 50, 90, 92; 70, 12, 17).

3. Die Revision rügt jedoch mit Erfolg, dass das Berufungsgericht nicht geprüft hat, ob dem Kläger für seine Dienste eine außervertragliche Vergütung zusteht.

a) Aus Geschäftsführung ohne Auftrag (§ 683 i.V.m. § 670 BGB) kann der Kläger keine Vergütung für die Verfolgung der Restitutionsansprüche seines Auftraggebers verlangen, weil diese Dienste in einer gesetzwidrigen Tätigkeit bestanden haben, die der Kläger nicht den Umständen nach für erforderlich halten durfte (vgl. BGHZ 37, 258, 263 f; 65, 384, 389 f; 111, 308, 311; 118, 142, 150).

Dies gilt entsprechend für die Geschäftsbesorgung des Klägers zur Vorbereitung und beim Abschluss der Verträge zur Veräußerung der Grundstücke. Das Berufungsgericht hat diese Dienste – ohne Begründung – zu Unrecht für erlaubt gehalten. Diese Ansicht könnte nur dann richtig sein, wenn insoweit eine Hilfeleistung in Steuerfragen im Vordergrund gestanden hätte (vgl. Ziffer II. 2.) oder es sich um einen Makler- oder Treuhandvertrag ohne nennenswerte Rechtsbetreuung gehandelt hätte (vgl. BGH, *Urt. v. 8.7.1999, a.a.O., 1848 m.w.N.*).

Dies hat der Kläger aber nicht behauptet. Er hat lediglich vorgebracht, die Grundstücksveräußerungen seien auch steuerlich vorbereitet worden; die Schenkung eines Grundstücks des Mandanten an seine Kinder sei aus steuerlichen Gründen erfolgt. Danach waren auch die Vorbereitung und der Abschluss der Grundstückskaufverträge in erster Linie eine Besorgung einer fremden Rechtsangelegenheit, die einem Rechtsanwalt vorbehalten ist und deswegen unerlaubt war (Art. 1 § 1 RBerG). Dies ergibt sich vor allem aus der Mitwirkung des Klägers beim Abschluss dieser Verträge vom 13.12.1994 und aus seinem Vorbringen, er habe die vorbereiteten Kaufverträge überprüft. Insoweit gelten die vorstehenden Ausführungen entsprechend (Ziffer II. 2.).

b) Dem Kläger kann allerdings gegen seinen Auftraggeber ein Vergütungsanspruch aus ungerechtfertigter Bereicherung (§§ 812 ff BGB) erwachsen sein, den der Beklagte gemäß § 414 BGB übernommen hat, wie noch ausgeführt wird.

aa) Der Mandant hat die Dienste des Klägers auf dessen Kosten ohne rechtlichen Grund erlangt, so dass der Kläger, falls nicht § 817 Abs. 2 BGB entgegensteht, einen Anspruch auf Wertersatz hat (§§ 812, 818 Abs. 2 BGB), der sich nach der Höhe der üblichen oder hilfsweise nach der angemessenen, vom Vertragspartner ersparten Vergütung richtet (vgl. BGHZ 36, 321, 323; 37, 258, 264; 50, 90, 91; 55, 128, 130; 70, 12, 17; BGH, *Urt. v. 7.5.1992, a.a.O., 1115*). Die Dienstleistung aufgrund eines nichtigen Geschäftsbesorgungsvertrages ist nicht wertlos, wenn der Leistungsempfänger sonst eine andere – zur Geschäftsbesorgung befugte – Person beauftragt hätte und dieser eine entsprechende Vergütung hätte zahlen müssen (BGHZ 70, 12, 18).

Diese Abwicklung nach Bereicherungsrecht soll nicht demjenigen, der eine gesetzwidrige Geschäftsbesorgung vornimmt, auf einem Umweg

entgegen § 134 BGB doch eine Vergütung verschaffen, sondern nur verhindern, dass der Empfänger der Leistungen daraus einen ungerechtfertigten Vorteil zieht (BGHZ 70, 12, 18). Dies gilt vor allem dann, wenn die Nichtigkeit des Vertrages auch erlaubte Leistungen erfasst (BGHZ 50, 90, 92). Einer Umgehung dieser Vorschrift soll insbesondere § 817 Satz 2 BGB vorbeugen. War sich der Leistende bewusst, dass er gegen das gesetzliche Verbot verstieß, so schließt diese Bestimmung einen Bereicherungsanspruch aus (BGHZ 50, 90, 92; BGH, *Urt. v. 7.5.1992, a.a.O., 1116; v. 21.3.1996, a.a.O., 1957*).

bb) Danach wird das Berufungsgericht **zunächst prüfen müssen, ob sich der Kläger – zum maßgeblichen Zeitpunkt seiner Dienstleistung** (vgl. BGHZ 28, 164, 168) – **eines Verstoßes gegen Art. 1 § 1 RBerG bewusst war** (vgl. dazu BGH, *Urt. v. 15.6.1993 – XI ZR 172/92, NJW 1993, 2108*). Sollte dies nicht zutreffen, so wird weiterhin aufzuklären sein, ob und in welchem Umfang der Auftraggeber des Klägers an dessen Stelle einen Rechtsanwalt mit der Wahrnehmung seiner Interessen beauftragt hätte. Soweit dies der Fall gewesen wäre, wird sodann zu ermitteln sein, welche – vom Mandanten ersparte – Vergütung nach der Bundesgebührenordnung für Rechtsanwälte (BRAGO) dafür angefallen wäre (vgl. BGH, *Urt. v. 25.6.1962 – VII ZR 120/61, NJW 1962, 2010, 2011, insoweit nicht abgedruckt in BGHZ 37, 258*).

Das scheitert entgegen der Ansicht der Revisionserwiderung nicht daran, dass der Kläger seine Kosten bisher nicht aufgeschlüsselt hat, weil er von einem wirksamen vertraglichen Vergütungsanspruch ausgegangen ist. Schon aufgrund des Vorbringens des Klägers in den Vorinstanzen, das im weiteren Berufungsverfahren noch ergänzt werden kann, lässt sich ein Wertersatzanspruch aus § 818 Abs. 2 BGB i.V.m. § 118 BRAGO ermitteln. Danach kommen zumindest eine Geschäfts- und Besprechungsgebühr (§ 118 Abs. 1 Nr. 1, 2 BRAGO) sowie eine Erstattung von Reisekosten (§ 28 BRAGO) in Betracht.

Die tatrichterliche Aufklärung erübrigt sich nicht wegen der Feststellung des Berufungsgerichts, der Kläger habe bisher keine Gebührenrechnung nach § 18 BRAGO erteilt. Diese Vorschrift betrifft nur die Berechnung und Mitteilung einer Vergütung aufgrund vertraglicher Berufstätigkeit eines Rechtsanwalts (vgl. BGH, *Urt. v. 2.7.1998 – IX ZR 63/97, WM 1998, 2243, 2246*), nicht aber die Ermittlung eines Wertersatzanspruchs aus ungerechtfertigter Bereicherung.

cc) Sollte ein solcher Anspruch des Klägers bestehen, so ergibt eine interessengerechte Auslegung der Urkunden vom 9. und 13.12.1994, dass der Beklagte auch eine solche gesetzliche Schuld des Auftraggebers übernommen hat (§ 414 BGB). Wortlaut und Zweck des Schuldübernahmevertrages bieten keinen Anhaltspunkt dafür, dass dieser Vertrag nur einen vertraglichen Vergütungsanspruch des Klägers umfassen sollte. Entgegen der Revisionsrüge hat das Berufungsgericht rechtsfehlerfrei diesen Vertrag weiter dahin ausgelegt, dass der Beklagte nur eine Vergütungsschuld für Tätigkeiten bis zu seiner Verpflichtung übernommen hat. Dafür spricht eindeutig, dass sich das zugrunde liegende Schreiben des Klägers vom 9.12.1994 auf „Beratungskosten“ bezogen hat, „die ... entstanden sind“.

Anmerkung (Dr. Gräfe):

Das Urteil steht im Gegensatz zu der Entscheidung des 9. Zivilsenats vom 30.9.1999 (*Gl 2000*, 5). Damals ließ dieser den Steuerberater wegen dessen Fehler im steuerberatenden Teil des Mandatsvertrages haften. Im vorliegenden Urteil nimmt die Gesamtnichtigkeit des Mandatsvertrages dem Berater das Steuerberaterhonorar.

Interessant ist die Entwicklung der vom BGH angesprochenen Möglichkeit, dem Steuerberater u.U. einen Wertersatz gemäß §§ 812, 818 Abs. 2 BGB zu ermöglichen. Hier bleibt abzuwarten, ob die Zivilgerichte dem Berater helfen oder grundsätzlich von einem bewussten Verstoß (§ 817 Abs. 2 BGB) gegen das Rechtsberatungsgesetz ausgehen. Denn grundsätzlich steht leichtfertiges Handeln einem vorsätzlichen Gesetzesverstoß gleich (*BGH, NJW 1989, 3217; Palandt/Thomas 59. Aufl., § 817 Tz. 19, 11*).

Anwaltshaftung

- Kündigungsschutzklage
 - Klage gegen Gesamtschuldner
- (*OLG Frankfurt, Urt. v. 15.4.1999 - 1 U 26/98*)

Leitsatz:

Keine Verletzung von Anwaltsvertragspflichten bei Erhebung einer Kündigungsschutzklage gegen die vormalige, inzwischen in Konkurs befindliche Arbeitgeberin des Mandanten.

Aus den Gründen:

Der geltend gemachte, auf eine schuldhaft Verletzung der sich aus dem mit dem Beklagten geschlossenen Anwaltsvertrag ergebenden Pflichten gestützte Schadenersatzanspruch (§§ 675, 276, 249 BGB) steht dem Kläger nicht zu.

Es bestehen bereits ganz erhebliche Zweifel, ob dem Beklagten überhaupt in Anbetracht der unstreitigen Umstände eine Pflichtverletzung deshalb vorgeworfen werden kann, weil die am 8.1.1996 auftrags- und fristgerecht erhobene arbeitsgerichtliche Kündigungsschutzklage gegen die frühere Arbeitgeberin des Klägers und nicht gegen deren Konkursverwalter gerichtet war.

Ausweislich des vorliegenden Schriftverkehrs hatte der Beklagte bei Klageerhebung noch keine positive Kenntnis von der tatsächlich mit Beschluss des AG L. vom 2.1.1996 erfolgten Eröffnung des Konkurses über das Vermögen der A.-GmbH (Schreiben des Beklagten an den Kläger vom 8.1.1996 unter Inbezugnahme der zugleich an das AG L. gerichteten Anfrage). Der amtsgerichtliche Beschluss vom 2.1.1996 ist dem Beklagten erst am 29.1.1996 zugegangen.

Eine entsprechende frühere Information hat der Kläger dem Beklagten nicht zukommen lassen, obwohl es seine Aufgabe war, den Beklagten über die eingetretene Veränderung zu unterrichten. Dieser war entgegen der Auffassung des Klägers auch nicht verpflichtet, nach Erteilung des Auftrages zur Erhebung der Kündigungsschutzklage (der telefonisch erst am 21.12.1995 erteilt war) allein wegen der zuvor angeordnet gewesenen Sequestration bezüglich der A.-GmbH ständig selbst den Sachstand in Bezug auf eine mögliche Konkursöffnung erforschen zu müssen.

Schon allein deshalb kann eine Pflichtverletzung nicht darin gesehen werden, dass der Beklagte in der Kündigungsschutzklage vom 8.1.1996 die A.-GmbH als Beklagte bezeichnet hatte. Insoweit kann auch nicht davon ausgegangen werden, dass nach Kenntniserlangung des Beklagten von der Konkursöffnung eine Änderung des Passivrubrums auf den Konkursverwalter nicht mehr möglich war.

Dass es im vorliegenden Fall dazu nicht gekommen war, ist allerdings dem Kläger und nicht dem Beklagten anzulasten. Denn der Kläger hat den Beklagten ausweislich dessen Anfrage vom 1.2.1996 über das weitere Vorgehen und insbe-

sondere hinsichtlich der Frage, ob das arbeitsgerichtliche Verfahren weiterbetrieben werden sollte, im Weiteren mangels jeglicher Äußerung im Unklaren gelassen. Das gilt gleichermaßen hinsichtlich des Umstandes, dass der Kläger entgegen der unstreitig am 19.1.1996 mit dem Beklagten getroffenen Absprache sich im Weiteren nicht mehr darüber geäußert hatte, ob angesichts der ihm am 17.1.1996 vom Konkursverwalter der Gemeinschuldnerin unterbreiteten Abfindungsvereinbarung über 3.000 DM die Kündigungsschutzklage noch weiterbetrieben werden sollte.

In jedem Falle ist selbst dann, wenn man die vorgenannten – massiv gegen eine Pflichtverletzung des Beklagten sprechenden – Zweifel dahinstehen lässt, weiterhin von der Erfolglosigkeit des Schadenersatzbegehrens des Klägers deshalb auszugehen, **weil er nach wie vor die ihm obliegende Darlegung konkreter Tatsachen darüber vermissen lässt, dass und wieso seine Kündigungsschutzklage Erfolg gehabt haben würde bzw. dass er insoweit eine Abfindung i.H.v. 20.000 DM hätte erlangen können.**

Insbesondere hätte der Kläger angesichts der betriebsbedingt ergangenen Kündigung plausibel und objektiv nachvollziehbar dartun müssen, dass und wieso eine dahin gehende Feststellung des ArbG – insbesondere auch aufgrund welcher ihn betreffenden persönlichen Umstände – hätte getroffen werden müssen, dass sein Arbeitsverhältnis durch die ergangene Kündigung vom 18.12.1995 zum 31.7.1996 nicht als aufgelöst erachtet werden konnte und dass unter diesen Umständen eine Abfindungsvereinbarung über 20.000 DM mit hoher Wahrscheinlichkeit zu erzielen gewesen wäre.

Da dies in erster Linie von den individuellen Gegebenheiten des Klägers abhängig war, fehlt es auch im zweiten Rechtszug an diesbezüglichen hinreichenden Darlegungen. Diese können nicht mit dem bloßen Vorbringen ersetzt werden, dass eine Reihe von Arbeitskollegen des Klägers im Vergleichswege mit dem Konkursverwalter die bezeichneten Abfindungsvereinbarungen erreicht hatte.

Entgegen der Auffassung des Klägers kann entsprechend hinreichender Tatsachenvortrag nicht als entbehrlich und seine Schadenersatzklage nicht schon deshalb als begründet angesehen werden, weil in den Fällen einer gegen den Konkursverwalter erhobenen Kündigungsschutzklage die näher bezeichneten Abfindungs-

vereinbarungen mit anderen Arbeitnehmern erzielt werden konnten. Da hierfür immer nur individuelle Umstände maßgeblich sein konnten, kann insoweit von keiner Verallgemeinerung zugunsten des Klägers ausgegangen werden. Mangels des erforderlichen hinreichenden Tatsachenvorbringens des Klägers reicht auch dessen bloßer – unter Zeugenbeweis gestellter – Hinweis nicht aus, dass der Konkursverwalter der Gemeinschuldnerin über genügend Geldmittel zur Begleichung von Abfindungszahlungen verfügt habe.

Steuerberaterhaftung

- Kenntnis des Steuerrechts, Umsatzbesteuerung bei Geldspielautomaten
 - Vorlage zum EuGH
 - FG-Beschluss in DStR
 - Fehler des Zweitberaters
- (OLG Hamm, Urt. v. 24.2.1999 – 25 U 131/98)

Leitsätze (d. Red.):

1. Ab dem Zeitpunkt der Veröffentlichung des Vorlagebeschlusses des Finanzgerichts zum EuGH in der Fachzeitschrift „DStR“ besteht die Pflicht zur Kenntnisnahme und Einlegung eines Einspruchs.
2. Ein Verschulden des gleichzeitig eingeschalteten Steuerberaters, der nicht zur Überprüfung des Kollegen eingeschaltet wurde, begründet kein Mitverschulden gemäß § 254 BGB, sondern u.U. eine gesamtschuldnerische Haftung.

Aus den Gründen:

Die zulässige Berufung ist nur im zuerkannten Umfang begründet. Die an sich in Höhe von 14.415,25 DM berechnete Klageforderung ist durch Aufrechnung des Beklagten mit Schadenersatzansprüchen untergegangen.

Der Anspruch der Klägerin auf Vergütung ihrer Steuerberaterleistung beläuft sich auf insgesamt 14.415,25 DM. Zutreffend weist der Beklagte darauf hin, dass der Klägerin gemäß ihrer eigenen Berechnung weniger zusteht als vom Landgericht zuerkannt. Hinsichtlich der 20 abgerechneten Stunden für die **Zusammenstellung und Abholung sowie Einsortierung von Buchführungsunterlagen für das Steuerstraßverfahren**

kann sie entsprechend ihrer Rechnung vom 17.4.1996 nur einen Stundensatz von 100 DM beanspruchen, so dass ihr insoweit einschließlich Mehrwertsteuer 2.300 DM zustehen. Zuzüglich weiterer 98 Stunden à 107,50 DM ergibt sich der der Klägerin zustehende Gesamtrechnungsbetrag von 14.415,25 DM.

Dieser Anspruch ist auch hinsichtlich der Positionen 1 bis 3 der Rechnung aus den zutreffenden Gründen der angefochtenen Entscheidung nicht verjährt, da die abgerechneten Arbeiten, die insgesamt im Zusammenhang mit dem gegen den Beklagten laufenden Steuerstrafverfahren stehen, eine Angelegenheit im Sinne der Steuerberatergebührenverordnung (StBGebV) darstellen.

Die Forderung ist aber durch die teilweise bedingt erklärte Aufrechnung des Beklagten mit Schadenersatzansprüchen aus abgetretenem Recht der S.-GmbH untergegangen (§ 389 BGB). Die Abtretung der GmbH ist durch eine entsprechende schriftliche Erklärung vom 6.1.1997, die im Senatstermin überreicht worden ist, belegt. Nach Einsichtnahme ihres Prozessbevollmächtigten ist die Klägerin ihr auch nicht mehr entgegengetreten.

Der Zedentin stand ein aufrechenbarer Anspruch aus positiver Vertragsverletzung des Steuerberatervertrages gegen die Klägerin zu, weil diese es **pflichtwidrig unterlassen hat, vorsorglich Einspruch gegen die Aufhebung der Vorbehalte der Nachprüfung betreffend die Umsatzsteuerbescheide für die Jahre 1986 bis 1990 durch Bescheid vom 23.2.1994 einzulegen** bzw. der Zedentin dies anzuraten.

Diese Pflichtverletzung folgt daraus, dass aufgrund des Vorlagebeschlusses des Finanzgerichts Hamburg vom 22.12.1992 an den Europäischen Gerichtshof (EuGH) die Grundlagen der Umsatzbesteuerung von Geldspielautomatenaufstellern zur Überprüfung standen, insbesondere die Frage, ob bei Geldspielautomaten mit Gewinnmöglichkeit Besteuerungsgrundlage die Gesamtheit der Spieleinsätze ohne Abzug der automatisch an die Spieler ausgezahlten Gewinne ist, was nach der seinerzeitigen Rechtsprechung des Bundesfinanzhofes bejaht und durch die Besteuerung unter Zugrundelegung eines Multiplikators von 1,5 praktiziert wurde.

Diese Frage war für die Betreiber von Geldspielautomaten von erheblicher wirtschaftlicher Bedeutung, weil es bei einer abweichenden Be-

urteilung dieser Frage durch den EuGH um eine nicht unerhebliche Verringerung der von ihnen zu zahlenden Umsatzsteuern ging. **Spätestens ab dem Zeitpunkt der Veröffentlichung des Vorlagebeschlusses des Finanzgerichts Hamburg in der Fachzeitschrift DStR 1993, S. 436, bestand deshalb für den Steuerberater die Verpflichtung, vorsorglich Einspruch gegen nicht bestandskräftige Umsatzsteuerbescheide oder Bescheide, durch welche der Vorbehalt der Nachprüfung aufgehoben wurde, einzulegen** bzw. dem Mandanten dies anzuraten.

Wie der Senat bereits wiederholt zu beurteilen hatte und in den Verfahren 25 U 117/96, 25 U 122/96 und 25 U 133/96 auch entschieden hat, kann sich die Klägerin nicht darauf berufen, von dem Vorlagebeschluss des Finanzgerichts Hamburg ohne Verschulden keine Kenntnis gehabt zu haben. Ihrer Ansicht, ein Steuerberater müsse nicht jeden veröffentlichten Vorlagebeschluss kennen, sondern verlangt werde nur die Lektüre höchstrichterlicher Entscheidungen, wobei der Steuerberater die Möglichkeit der Änderung der höchstrichterlichen Rechtsprechung nur bei Evidenz einer neuen Rechtsentwicklung berücksichtigen müsse, kann so uneingeschränkt nicht gefolgt werden.

Schon weil die Klägerin 10 Gesellschaften, die Geldspielautomaten betreiben, seit Jahren steuerlich beraten hatte, war von ihr zu erwarten, dass sie gerade die Rechtsprechungsentwicklung zur Besteuerung auf diesem Gebiet besonders intensiv verfolgte. Hinzu kommt, dass zwar auf Basis der bis dahin geltenden Rechtsprechung des Bundesfinanzhofes eine Einspruchseinlegung nicht veranlasst war, die Besteuerungspraxis – wie die Klägerin selbst einräumt – in der Literatur und teilweise auch der Rechtsprechung der Finanzgerichte aber seit Jahren umstritten war und es hier um die Vorlage an ein dem Bundesfinanzhof übergeordnetes Gericht ging, dessen Entscheidung völlig offen war.

Zumindest hätte es danach der Klägerin obliegen, der Zedentin die Sachlage aufzuzeigen und ihr die Entscheidung zu überlassen, ob angesichts der Vorlage an den EuGH Einspruch gegen den Vorbehalt der Nachprüfung aufhebenden Bescheid eingelegt werden sollte oder nicht. Hinsichtlich der dann von der Zedentin zu treffenden Entscheidung kann unbedenklich davon ausgegangen werden, dass diese bei richtiger Beratung sich für das einfache Mittel, ihre Rechte zu wahren – die vorsorgliche Einspruchseinlegung – entschieden hätte.

Die Klägerin war, wenn auch nicht allein, sondern neben dem Steuerberater T., mit der Prüfung der geänderten Steuerbescheide und damit des die Vorbehalte aufhebenden Bescheides aus dem Jahr 1994 befasst, wie schon ihr Schreiben an die Zedentin vom 11.3.1994 zeigt, so dass die dargestellte Beratungspflicht auch trotz der Einschaltung des Steuerberaters T. zu ihren vertraglichen Aufgaben gehörte.

Die mit dem Finanzamt im Rahmen des steuerstrafrechtlichen Ermittlungsverfahrens gegen den Beklagten getroffene „tatsächliche Verständigung“ vom 8.12.1993 über die Besteuerungsgrundlagen stand einer Einspruchseinlegung nicht entgegen. Darin ging es nicht um die im Vorlagebeschluss aufgeworfene Frage der Besteuerungsgrundlage bei Geldspielautomaten, sondern im Wesentlichen um die Festlegung des Anteils der Umsätze aus Geldspielautomaten und Unterhaltungsautomaten am Kassenbestand und die Festlegung von Fehlstunden und Stundenlohn von Mitarbeitern, so dass eine Einspruchseinlegung im Hinblick auf den Vorlagebeschluss die Grundlagen und Ergebnisse der Verständigung nicht berührt hätte.

Der Zedentin kann auch kein **Mitverschulden gemäß § 254 BGB** angelastet werden.

Ein möglicherweise ebenfalls vorliegendes Verschulden des gleichzeitig eingeschalteten Steuerberaters T. ist ihr nicht gemäß §§ 278, 254 BGB als Mitverschulden zuzurechnen. **Da dieser nicht in den Pflichtenkreis der Zedentin gegenüber der Klägerin eingebunden und nicht zur Überprüfung der Tätigkeit der Klägerin eingeschaltet war, kommt insoweit allenfalls eine gesamtschuldnerische Haftung der beiden Steuerberater in Betracht.**

Gleiches gilt für ein mögliches Verschulden im Rahmen der nachträglichen Schadenabwendung durch Beantragung einer Wiedereinsetzung in den vorigen Stand, bezogen auf die Versäumung der Einspruchsfrist gegen den Bescheid vom 23.2.1994. Auch insoweit traf die Klägerin – ebenso wie möglicherweise den Steuerberater T. – eine eigenständige Verpflichtung tätig zu werden, da auch sie spätestens im Juni 1994 Kenntnis von der EuGH-Entscheidung vom 5.5.1994 erlangt hat.

Auch trifft die Zedentin kein eigenes Mitverschulden, etwa weil sie die geänderten Steuerbescheide bzw. den den Vorbehalt aufhebenden Bescheid nicht rechtzeitig an den Berater T.

weitergeleitet hätte. Insoweit durfte sie sich auf die ordnungsgemäße Prüfung durch die Klägerin, die diese ihr in dem Schreiben vom 11.3.1994, mit welchem sie ihr die Bescheide zugeleitet hat, bestätigt hat, verlassen.

Insbesondere weil die Klägerin im letzten Satz dieses Schreibens ausdrücklich darauf hinweist, dass sich die Zedentin wegen der **Stundung** der zu zahlenden Beträge an den Steuerberater T. wenden solle, durfte diese davon ausgehen, dass im Übrigen eine Zuleitung und weitere Prüfung durch den Steuerberater T. und ggf. Einspruchseinlegung durch diesen nicht erforderlich bzw. angeraten war.

Der durch diese Pflichtverletzung entstandene Gesamtschaden – zu viel gezahlte Umsatzsteuer von 43.179 DM – ist der Höhe nach mit den spezifizierten Berechnungen in den Schriftsätzen des Beklagten vom 24.2.1997 mit Anlagen und vom 16.3.1998 substantiiert dargetan. Das pauschale Bestreiten der Klägerin demgegenüber ist unzureichend. Als frühere Steuerberaterin der Zedentin war ihr ein konkretes Bestreiten möglich und zu erwarten.

Der Schadenersatzanspruch ist, soweit mit ihm die Aufrechnung gegen die Klageforderung erklärt worden ist, nicht verjährt. Die mit dem Ablauf der Einspruchsfrist gegen den Bescheid vom 23.2.1994 beginnende dreijährige Verjährungsfrist gemäß § 68 Steuerberatungsgesetz, also entsprechend dem Eingangsstempel vom 2.3.1994 auf dem anzufechtenden Bescheid spätestens beginnend mit dem 2.4.1994, **ist durch die Aufrechnungserklärung im Schriftsatz vom 13.1.1997 in Höhe des Betrages der geltend gemachten Klageforderung von 16.928 DM wirksam gemäß § 209 Abs. 2 Nr. 3 BGB unterbrochen.**

In Höhe des durch die Aufrechnung gegen die berechnete Klageforderung nicht verbrauchten Teils des wegen der Aufrechnungserklärung nicht verjährten Schadenersatzanspruchs, also 2.512,75 DM (16.928 DM minus 14.415,25 DM), ist auch die Widerklage begründet.

Im Übrigen ist die Widerklage unbegründet. Der weiter gehende Schadenersatzanspruch ist verjährt. Durch die mit Schriftsatz vom 14.8.1997 erhobene Widerklage konnte die Verjährung nicht mehr wirksam unterbrochen werden, da die Primärverjährungsfrist von drei Jahren zu diesem Zeitpunkt schon abgelaufen war.

Für eine **Sekundärhaftung** der Klägerin ist schon deswegen kein Raum, weil die Zedentin bzw. der sie im Strafverfahren vertretende Beklagte bereits während der noch laufenden Primärverjährungsfrist anwaltlich vertreten und – wie die erfolgte Aufrechnung zeigt – **auch rechtzeitig über eine mögliche Schadenersatzverpflichtung der Klägerin beraten war** (vgl. BGH, NJW-RR 1996, 313).

(...)

Steuerberaterhaftung

- Sicherster Weg
 - Umfassende Beratung
 - Angebot des Finanzamts
- (OLG Düsseldorf, Urt. v. 28.1.1999 – 13 U 43/98)

Leitsatz:

Die Verpflichtung des Steuerberaters, dem Mandanten den nach den Umständen sichersten Weg zu dem erstrebten steuerlichen Ziel aufzuzeigen und sachgerechte Vorschläge zu dessen Verwirklichung zu machen, kann auch die Empfehlung umfassen, einen vom Finanzamt vorgeschlagenen Pauschalbetrag zur Abgeltung streitiger Quellensteuer zu zahlen.

Aus den Gründen:

Die Berufung der Beklagten ist unbegründet.

Das Landgericht ist zu Recht und mit zutreffender Begründung davon ausgegangen, dass der Kläger gegen die Beklagte einen Schadenersatzanspruch in Höhe von 10.876 DM wegen Verletzung ihrer Pflichten als Steuerberaterin hat. Die Berufungsbegründung rechtfertigt keine abweichende Entscheidung.

Das Vorbringen des Klägers und die vom Landgericht in dem angefochtenen Urteil dargelegten Gründe, aus denen sich die Vertragsverletzung der Beklagten ergibt, werden durch die vom Kläger in zweiter Instanz vorgelegte Korrespondenz zusätzlich bestätigt.

Zutreffend hat das Landgericht ausgeführt, dass auch nach dem eigenen Vorbringen der Beklagten diese den Kläger fehlerhaft beraten hat. Aus dem Schreiben des Klägers an die Beklagte vom

13.11.1995 ergibt sich, dass der Kläger sich zur Vermeidung weiteren Ärgers und Zeitaufwands entschlossen hatte, die von dem Finanzamt vorgeschlagene Pauschalzahlung von 5.000 DM zur Abgeltung der strittigen Quellensteuer zu leisten.

Da der Kläger diese Zahlung allerdings ohne Anerkennung einer Rechtspflicht erbringen wollte und er die Beklagte ausdrücklich danach gefragt hat, ob das überhaupt möglich sei, war die Beklagte verpflichtet, ihn insoweit umfassend zu beraten.

Es oblag ihr, für ihn die bestmögliche Lösung unter Berücksichtigung des Umstands, dass der Kläger sich nicht noch Wochen und Monate mit diesem Problem oder gar mit einem Prozess beim Finanzgericht befassen wollte, zu finden. Die Beklagte durfte sich **nicht mit der von ihr vorgetragenen telefonischen Mitteilung begnügen, dass eine Zahlung von 5.000 DM ohne Anerkennung einer Rechtspflicht nicht möglich sei.**

Im Rahmen ihres Auftrags hatte sie den Kläger, von dessen Belehrungsbedürftigkeit sie auszugehen hatte, umfassend zu beraten und ungefragt über alle bedeutsamen steuerlichen Einzelheiten und deren Folgen zu unterrichten. Insbesondere musste sie den Kläger vor Schaden bewahren. Deswegen musste sie als Steuerberaterin **den nach den Umständen sichersten Weg zu dem erstrebten steuerlichen Ziel aufzeigen und sachgerechte Vorschläge zu dessen Verwirklichung unterbreiten** (BGH, ZIP 1998, 649).

Die Beklagte war daher verpflichtet, den Kläger darauf hinzuweisen, dass es für ihn unter Berücksichtigung seiner Vorstellungen und Interessen die beste Lösung war, auf den Vorschlag des Finanzamts einzugehen und den vorgeschlagenen Pauschalbetrag von 5.000 DM ohne Einschränkung zu zahlen, also unter Anerkennung einer entsprechenden Steuerpflicht.

Dazu war die Beklagte auch ohne weiteres in der Lage, da ihr die Höhe der von dem Kläger zu zahlenden Quellensteuer für die Modelle für die Jahre 1991, 1992 und 1993 ebenso bekannt war wie der Vergleichsvorschlag des Finanzamts.

Denn die Beklagte hatte gemäß dem Betriebsprüfungsbericht am 11.8.1995 bei der Schlussbesprechung der beim Kläger durchgeführten Betriebsprüfung teilgenommen, bei der das Problem der Quellensteuer für die Modelle des Klägers erörtert worden war. Außerdem ergab

sich aus dem Betriebsprüfungsbericht, den die Beklagte unstreitig erhalten hat, die Höhe der zu zahlenden Quellensteuer. Bei dem Gespräch des Klägers mit dem Finanzbeamten, bei dem dieser den oben genannten Vergleichsvorschlag machte, war die Beklagte ebenfalls zugegen.

Nach dem Beweis des ersten Anscheins ist davon auszugehen, dass der Kläger sich bei richtiger und vollständiger Beratung durch die Beklagte für die vom Finanzamt vorgeschlagene Lösung, also für eine uneingeschränkte Zahlung eines Pauschalbetrags von 5.000 DM, entschieden hätte.

Die Beklagte hat zwar dazu vorgetragen, dass der Kläger sich auf eine mit der Zahlung von 5.000 DM verbundene Anerkennung einer entsprechenden Steuerpflicht bewusst nicht habe einlassen wollen. **Damit hat die Beklagte aber den gegen sie sprechenden Anschein nicht erschüttert. Sie hat keine Tatsachen vorgebracht, die den Schluss zuließen, der Kläger hätte sich über ihren Rat und ihre Warnung hinweggesetzt (vgl. dazu BGH, ZIP 1998, 648, 650).**

Dies konnte die Beklagte insbesondere nicht – nachträglich – aus dem Umstand schließen, dass der Kläger gegen den Haftungsbescheid des Finanzamts vom 7.12.1995 über insgesamt 16.074,46 DM, über den sie der Kläger nach ihrer Behauptung nicht unterrichtet hatte, keinen Einspruch eingelegt hat. Denn auch bei Zahlung der vom Finanzamt festgesetzten Quellensteuer hätte der Kläger ebenfalls die zugrunde liegende Steuerpflicht anerkannt. Wesentlich günstiger war daher für ihn die Zahlung des Pauschalbetrages von 5.000 DM, da er sich auf eine Klage nicht einlassen wollte.

Entgegen ihrer Behauptung hat die Beklagte aufgrund des Schreibens des Klägers vom 13.11.1995 den Auftrag erhalten, bezüglich der von ihm beabsichtigten Zahlung von 5.000 DM an das Finanzamt eine „gemeinsame Marschrichtung“ zu finden und dem Finanzamt die beabsichtigte Zahlung von 5.000 DM mitzuteilen, wobei die Beklagte, wie bereits erläutert, zuvor den Kläger darüber belehren musste, dass die Zahlung von 5.000 DM ohne Anerkennung einer Rechtspflicht nicht möglich, aber dennoch für ihn die beste Lösung war.

Ferner hat der Kläger die Beklagte in seinem Schreiben vom 13.11.1995 gebeten, wenn möglich ab sofort auch den notwendigen weiteren Schriftverkehr in dieser Sache abzuwickeln und

ihm Bescheid zu geben. Angesichts der vom Kläger vorgelegten Faxschreiben vom 21.1., 31.1., 2.3., 7.3. und 10.3.1996, deren Richtigkeit die Beklagte nicht substantiiert bestritten hat, kann kein vernünftiger Zweifel daran bestehen, dass die Beklagte den Auftrag des Klägers angenommen hat. Die genannten Schreiben des Klägers betreffen alle die strittige Quellensteuer, den Vergleichsvorschlag des Finanzamts, den Haftungsbescheid des Finanzamts vom 7.12.1995, auch wenn dieser nicht wörtlich erwähnt wird, und die Vollstreckung des Haftungsbescheids.

In diesen Schreiben hat der Kläger die Beklagte wiederholt und eindringlich gefragt, was sie in dieser Sache beim Finanzamt veranlasst habe. Aus dem Fax des Klägers vom 31.1.1996 geht hervor, dass die Beklagte ihm in dieser Angelegenheit ein Fax für den 29.1.1996 zugesagt hatte. In diesem angekündigten Fax wollte sie dem Kläger mitteilen, ob und wie das Dilemma wegen der geplatzten Terminsache vom 9.1. – das war der im Haftungsbescheid vom 7.12.1995 festgesetzte Zahlungstermin – wieder in Ordnung gebracht werden kann. Aus dem Fax des Klägers vom 31.1.1996 ergibt sich gleichzeitig, dass die Beklagte, wie es mit dem Kläger verabredet war, an das Finanzamt schreiben wollte.

Dieses Faxschreiben des Klägers vom 31.1.1996 widerlegt zugleich die Behauptung der Beklagten, sie habe zu keinem Zeitpunkt von dem Haftungsbescheid des Finanzamts vom 7.12.1995 Kenntnis erlangt, so dass sie auch nicht für den Kläger habe tätig werden können.

Dass die Beklagte Kenntnis von dem Haftungsbescheid hatte, geht auch aus dem Faxschreiben des Klägers vom 21.1.1996 hervor, in dem er die Beklagte darauf hinweist, dass „die Zahlungsaufforderung für die besprochene Annahmesteuer“ auf den 9.1.1996 terminiert war. Damit war der oben genannte Haftungsbescheid gemeint. Die Kenntnis der Beklagten vom Haftungsbescheid ergibt sich zum anderen auch aus der weiteren Bitte des Klägers in diesem Fax vom 21.1.1996, nicht zu vergessen, gleichzeitig auch die Aussetzung der Vollziehung zu beantragen.

Mit Fax vom 31.1.1996 teilte der Kläger der Beklagten mit, dass er wegen der geplatzten Terminsache vom 9.1. – das war der im Haftungsbescheid vom 7.12.1995 festgesetzte Zahlungstermin – nunmehr ernsthafte Bauchschmerzen bekommen habe und deswegen nicht mehr schlafen könne.

Treuhänderhaftung

In seinem Fax vom 2.3.1996 teilte der Kläger der Beklagten mit, dass die unselige Sache mittlerweile bei der Vollstreckung gelandet sei und dass Zahlungstermin der 9.3.1996 sei. Er bat die Beklagte dringend um Aufklärung und um Nachricht, mit wem und was beim Finanzamt abgesprochen und geklärt worden sei.

Am 7.3.1996 folgte das nächste Faxschreiben des Klägers. Er setzte die Beklagte über das ihm vom Finanzamt androhte Zwangsgeld in Kenntnis und wies sie darauf hin, dass er die dazugehörigen Unterlagen mit Schreiben vom 24.2.1996 zur Beantwortung an sie versandt habe. Er forderte die Beklagte auf, ihm Kopien des gesamten bisherigen Schriftverkehrs, aller Einsprüche und aller Schreiben an die Ämter oder von den Ämtern sämtliche Vorgänge betreffend zu übersenden. Außerdem erkundigte er sich bei der Beklagten, ob die „Est 91“ jetzt definitiv aus der Vollstreckung herausgenommen worden sei.

Mit Faxschreiben vom 10.3.1996 wiederholte der Kläger seine Anfrage und forderte die Beklagte eindringlich auf, ihm seine Frage zu beantworten. Er bat erneut um Überlassung des gesamten Schriftverkehrs und warf der Beklagten vor, dass sie offensichtlich sein Schreiben betreffend die Zahlung von 5.000 DM an das Finanzamt nicht weitergeleitet habe und dass er mit ihrer Zusage: „Da passiert nichts! Ich hafte dafür mit meinem Leben!“ nichts anfangen könne.

Am 10.3.1996 rief die Beklagte den Kläger daraufhin an und teilte ihm auf seinem Anrufbeantworter mit, dass sie am nächsten Tag noch einmal einen Termin beim Finanzamt habe. Danach werde sie sich sofort mit ihm in Verbindung setzen und ihm alle Unterlagen übergeben. Ob die Beklagte diesen Termin beim Finanzamt wahrgenommen hat und was sie in der vorliegenden Sache mit dem Finanzamt besprochen hat, hat die Beklagte nicht vorgetragen.

Angesichts der vorgelegten Faxschreiben des Klägers an die Beklagte ist ihr Vorbringen, sie habe keinen Auftrag gehabt, mit dem Finanzamt eine vergleichsweise Regelung herbeizuführen, der Kläger habe ihr den Haftungsbescheid nicht mitgeteilt, so dass er selbst dagegen hätte Einspruch einlegen müssen, als widerlegt anzusehen.

(...)

- Gesamtschuld mit Beteiligungsgesellschaft
 - Anlegeransprüche, Abtretung an Beteiligungsgesellschaft
- (OLG Hamm, Urt. v. 11.6.1996 - 28 U 185/95)

Leitsätze (d. Red.):

1. Wird die Treuhandtätigkeit nicht ausgeübt, weil die Zahlungen direkt an die Beteiligungsgesellschaft laufen, muss der Treuhänder die Anleger darüber belehren.
2. Ein Gesamtschuldverhältnis eines zum Schadenersatz verpflichteten Treuhänders scheidet aus, wenn der durch die Pflichtverletzung begünstigte Dritte Rückzahlung schuldet.
3. Beruht die Mithaftung eines Gesamtschuldners allein auf nicht ausreichender Beaufsichtigung des Dritten, ist dieser in der Regel allein ausgleichspflichtig. Die alleinige Verantwortung kann nicht dadurch umgangen werden, dass der zur Rückzahlung verpflichtete Dritte sich die Schadenersatzansprüche der Anleger gegen den Treuhänder abtreten lässt.

Zum Sachverhalt:

Die Klägerin nimmt den Beklagten aus abgetretenem Recht verschiedener Anleger auf Schadenersatz wegen einer Verletzung von Pflichten aus Treuhandverträgen im Zusammenhang mit einem Anlagemodell in Anspruch.

Der Kaufmann S. erwarb Mitte der achtziger Jahre über die von ihm betriebene GmbH Grundstücke, die mit vier Häusern, in denen Ferienappartements eingerichtet werden sollten, bebaut und über einen zu gründenden geschlossenen Immobilienfonds vermarktet werden sollten. Gemäß Gesellschaftsvertrag vom 2.10.1986 wurde die S.-GmbH & Co. KG gegründet.

Die Klägerin nahm ursprünglich die Stellung einer Komplementärgesellschaft der KG ein. Der Beklagte, der schon seit langem anwaltlich für den Kaufmann S. tätig gewesen war, war nach § 4 des Gesellschaftsvertrages der KG Treuhandkommanditist, der für Dritte eine Kommanditeinlage bis zu 3.867.500 DM in Stücken zu je 6.500 DM übernehmen konnte. Der Kaufmann S. war Alleingesellschafter der Klägerin. Zum Geschäftsführer der Klägerin wurde der damalige Bürovorsteher des Beklagten - K. - bestellt.

Die KG warb mit einem Prospekt um Anleger. In dem Prospekt wurde ausgeführt, die gesamte Abwicklung werde durch einen Notar als Treuhänder überwacht. Zudem war in dem Prospekt ein Treuhandvertrag zwischen dem Treuhänder, als der der Beklagte fungieren sollte, und dem einzelnen Anleger abgedruckt. Entsprechend diesem Modell wurden 86 Anleger geworben.

Als der Steuerberater Sch. des Kaufmanns S. im Laufe des Jahres 1989 feststellte, dass eine Beteiligung der Anleger an der KG wegen einer Gesetzesänderung steuerbegünstigt nicht mehr möglich war, wurde das Konzept umgestellt. Nunmehr sollten die Anleger nicht mehr an der KG, sondern an der Klägerin beteiligt werden.

Der Prospekt wurde den neuen Erfordernissen angepasst. Er wurde in wirtschaftlicher Hinsicht von dem Wirtschaftsprüfer L., in rechtlicher Hinsicht von dem Rechtsanwalt und Notar Dr. K. und in steuerlicher Hinsicht von dem Steuerberater Sch. geprüft. Der Prospekt entsprach weitgehend dem für das ursprüngliche Anlagemodell entworfenen Prospekt.

Auf Seite 8 heißt es unter der Überschrift: „Eine sichere Basis als Grundlage für den Erfolg ...“ auszugsweise wie folgt:

„Damit alles mit rechten Dingen zugeht, wird die gesamte Abwicklung der Gesellschaft von einem renommierten Notar überwacht. Dieser Notar ist Ihnen gegenüber u.a. für die Wahrnehmung Ihrer Gesellschafterrechte verantwortlich. Durch eine entsprechend abgeschlossene Versicherung sind Sie noch zusätzlich abgesichert. Ebenso handelt dieser Notar als Ihr unabhängiger Treuhänder, der ausschließlich Ihre Interessen vertritt. ... Das beruhigt mich aber.“

Auf Seite 16 des Prospekts war wiederum ein Treuhandvertrag abgedruckt, dessen § 2 wie folgt lautet:

„Für jeden Treugeber begründet der Treuhänder aufgrund der ihm vom Treugeber im Treuhandvertrag erteilten unwiderruflichen Vollmacht im Namen und für Rechnung des Treugebers einen Gesellschaftsanteil in Höhe von insgesamt 15.000 DM, verbunden mit einer Stammeinlage in Höhe von 5.000 DM, an der S.-GmbH. Die Beteiligung wird teilweise sofort, teilweise im Zuge von Kapitalerhöhungen begründet.

Der Treuhänder leistet im Namen und für Rechnung der Treugeber die Einlage und stellt der

Beteiligungsgesellschaft den Betrag nach Maßgabe des Gesellschaftsvertrages zur Verfügung. Bis dahin hält der Treuhänder die ihm zufließenden Mittel der Treugeber auf einem Treuhandkonto bis zur Übernahme der jeweiligen, auch teilweisen, Gesellschaftsbeteiligung. Er nimmt für den Treugeber, ausschließlich in dessen Interesse, sämtliche diesem zustehende Rechte aus Gesellschaftsvertrag und Gesetz wahr. ...“

Der Beklagte übernahm auch für das neue Anlagemodell die Funktion des Treuhänders. Zwischen dem 9.10.1989 und dem 10.9.1991 wurden etwa 250 GmbH-Anleger geworben. Der Beklagte bestätigte jeweils die ihm erteilten Treuhandaufträge. Die Anleger sollten nach den Treuhandaufträgen letztlich einen Gesellschaftsanteil von insgesamt 15.000 DM erwerben und hatten eine Stammeinlage von 4.500 DM zu erbringen.

Mit Ausnahme eines Anlegers wurde dieser Betrag von ihnen dadurch finanziert, dass die Klägerin den Anlegern ein Darlehen über 4.511,25 DM zur Verfügung stellte, das einschließlich Zinsen und Kosten in 60 Monatsraten à 100 DM zurückzuzahlen war. Der gesamte Gesellschaftsanteil von 15.000 DM sollte in 109 Monatsraten à 100 DM erbracht werden. Die Differenz zu dem vollen Betrag von 15.000 DM sollte durch Mieteinnahmen und sonstige Vorteile gedeckt werden.

Die Klägerin refinanzierte sich bei der W.-KG, die später selbst anstelle der Klägerin als Darlehensgeberin auftrat. In den an den Beklagten gerichteten Treuhandaufträgen der Anleger heißt es zu den von ihnen zu erbringenden Zahlungen wie folgt:

„Meinen gesamten Zeichnungsbetrag erbringe ich in 109 möglichst gleich bleibenden Monatsbeträgen zu je 100 DM an die Gesellschaft spätestens zum 3. eines Monats, beginnend mit dem ersten des Monats, der auf die Bestätigung meines Treuhandauftrages durch die Gesellschaft erfolgt. Ich beauftrage die Gesellschaft bzw. ihre bevollmächtigte Vertretung, die monatlichen Beträge bis auf Widerruf von meinem u.a. Bankkonto abzubuchen, soweit und solange diese nicht vom Arbeitgeber überwiesen werden.“

Da nur ca. 250 GmbH-Anleger geworben werden konnten, wurden statt der ursprünglich vier geplanten Häuser nur zwei in das Fondsobjekt eingeführt. Die Gebäude wurden zwischen 1987

und 1991 errichtet und an eine Vermietungsgesellschaft vermietet. Die von den Anlegern geleisteten Beträge flossen direkt an die Klägerin.

Zu einer wirksamen Beteiligung der Anleger an der Klägerin kam es jedoch nicht. Als im Jahre 1991 bekannt wurde, dass die formalen Voraussetzungen wegen einer fehlenden notariellen Beurkundung oder Beglaubigung der dem Beklagten erteilten Treuhandvollmachten dafür fehlten, dass der Beklagte GmbH-Anteile für die Anleger erwerben konnte, wurde versucht, die Anleger auf anderem Wege im Rahmen einer Kapitalerhöhung als Gesellschafter in die Klägerin einzubringen.

Nachdem der bisherige Alleingesellschafter S. seinen Anteil an eine Frau L. übertragen hatte, beurkundete der Notar K. am 25.3.1993 eine Kapitalerhöhung der Klägerin. Gleichzeitig wurde das erhöhte Kapital auf die Anleger übertragen, wobei der Beklagte als vollmachtloser Vertreter der Anleger auftrat. In knapp 40 Fällen genehmigten die Anleger die Übertragungen in notariell beglaubigter Form.

Weitere Genehmigungen erfolgten nicht. Auf Initiative des Herrn S. verschickte der neue Geschäftsführer B. der Klägerin am 28.6.1993 ein Rundschreiben, in dem es hieß, die Rettungsversuche im Hinblick auf eine Übertragung von GmbH-Anteilen an die Anleger seien gescheitert. Es drohe der Konkurs der Gesellschaft.

In der Folgezeit verklagten zahlreiche Anleger die Klägerin und Herrn S. persönlich erfolgreich beim Amtsgericht auf Rückzahlung der geleisteten Beträge. Die gegen die Urteile eingelegten Berufungen wurden in 39 Fällen mit Urteilen des Landgerichts vom 15.2.1995 zurückgewiesen, da die Beklagten dieser Rechtsstreite unter dem Gesichtspunkt der Prospekthaftung Rückzahlung schuldeten. Seit Erlass dieser Urteile erfüllt die Klägerin ihr gegenüber geltend gemachte Rückzahlungsansprüche auch außergerichtlich.

Überwiegend schon vor den Urteilen des Landgerichts vom 15.2.1995 hatten insgesamt 21 Anleger ihre Ansprüche gegen den Beklagten als Treuhänder an die Klägerin abgetreten, wobei sich die Klägerin vergleichsweise in 20 Fällen bereit erklärte, den Anlegern 50% ihres Schadens und in einem Fall 100% ihres Schadens zur Abgeltung aller gegenseitigen Ansprüche zu ersetzen. Die der Klägerin abgetretenen Forderungen belaufen sich einschließlich Rechts-

anwaltskosten der Anleger auf insgesamt 63.827,62 DM. Diesen Betrag macht die Klägerin zuzüglich Zinsen aus abgetretenem Recht gegenüber dem Beklagten geltend.

Die Klägerin hat erstinstanzlich vorgetragen, der Beklagte habe gegenüber den Anlegern eine Pflichtverletzung begangen, da er nicht beachtet habe, dass seine Vollmacht notarieller Beurkundung bedurft habe. Deshalb sei es nicht zu einer vertraglichen Anbindung der Anleger an sie, die Klägerin, gekommen.

(Anträge ...)

Der Beklagte hat vorgetragen, das neue Konzept, nach dem die Anleger GmbH-Anteile hätten erwerben sollen, sei nicht mit seinem Einvernehmen entwickelt worden. Die Treuhandformulare seien von dem Initiator S. ohne Rücksprache mit ihm in Umlauf gesetzt worden. Als er Herrn S. auf den Mangel der Vollmacht hingewiesen habe, habe Herr S. erklärt, dies könne später nachgeholt werden. Dass die Anleger die schließlich durchgeführte Begründung von GmbH-Anteilen im Wege der Kapitalerhöhung nicht genehmigt hätten, beruhe auf dem Schreiben der Klägerin vom 28.6.1993, für das er nicht verantwortlich sei.

Bei der Überwachung der Geldmittel der Anleger habe er sich korrekt verhalten. Ursprünglich sei vorgesehen gewesen, dass die Anleger die Beträge auf für sie vom Beklagten eingerichtete Treuhandkonten zahlen sollten. Als die Anleger dann aber ihre Stammeinlagen mit Darlehen der Klägerin bzw. der W.-KG finanziert hätten, habe er Herrn S. immer wieder darauf hingewiesen, dass die Beträge im Hinblick auf die beabsichtigte Kapitalerhöhung einzuzahlen seien. Dies sei später auch geschehen.

Der Beklagte habe nicht wissen können, dass Herr S. die Beträge aufgrund der ihm erteilten Vollmachten wieder abgezogen habe. Die im Treuhandvertrag begründete Verpflichtung, die von den zukünftigen Gesellschaftern einzuzahlenden Beträge bis zur Gesellschaftsbeteiligung zu verwahren, habe er bei dieser Sachlage nicht erfüllen können.

Im Übrigen stünden der Klägerin die geltend gemachten Ansprüche teilweise auch deshalb nicht zu, weil acht Anleger, deren Schäden die Klägerin aus abgetretenem Recht geltend mache, die Abtretungserklärungen angefochten hätten.

Schließlich hat sich der Beklagte im Hinblick auf § 13 der Treuhandverträge auf die Einrede der Verjährung berufen.

Das Landgericht hat die Klage mit Urteil vom 25.8.1995 abgewiesen. Zur Begründung hat es ausgeführt, den Anlegern seien durch das Verhalten des Beklagten keine Schäden entstanden, so dass sie auch keine gegen den Beklagten gerichteten Schadenersatzansprüche an die Klägerin hätten abtreten können. Die von ihnen ohne Rechtsgrund an die Klägerin erbrachten Zahlungen könnten sie nämlich von dieser zurückverlangen.

Gegen dieses, der Klägerin am 26.9.1995 zugestellte Urteil richtet sich die am 16.10.1995 bei Gericht eingegangene und nach Verlängerung der Berufungsbegründungsfrist bis zum 18.12.1995 mit am 18.12.1995 bei Gericht eingegangenem Schriftsatz begründete Berufung der Klägerin.

Sie meint weiterhin, ihr stünden Ansprüche aus abgetretenem Recht wegen einer positiven Vertragsverletzung der von dem Beklagten mit den Anlegern abgeschlossenen Treuhandverträge zu. Der Beklagte habe nicht in der gebotenen Form auf die Aufnahme der Anleger per Kapitalerhöhung gedrängt. Entgegen der Behauptung im Prospekt sei er auch nicht unabhängig gewesen, da er ständig für Herrn S. teilweise auch in dieser Angelegenheit tätig gewesen sei. Er habe auch keine Haftpflichtversicherung für seine Tätigkeit im Rahmen des GmbH-Modells abgeschlossen.

Zudem sei ihm bewusst gewesen, dass er eine treuhänderische Verwaltung der Gelder nicht durchgeführt habe und dazu bürotechnisch auch gar nicht in der Lage gewesen sei. Insoweit beruft sich die Klägerin auf ein Schreiben des Beklagten vom 29.8.1991. Dennoch habe er weiterhin Treuhandaufträge entgegengenommen, obwohl ihm eine schlechte finanzielle Situation der Klägerin bekannt gewesen sei. Durch die Pflichtwidrigkeit des Beklagten hätten die Anleger weder Gesellschaftsanteile noch einen anderen werthaltigen Vermögensgegenstand erhalten.

Eine Rückzahlung an die Anleger sei der Klägerin nicht möglich, da sie vom Konkurs bedroht sei. Den Anlegern sei deshalb durch das Verhalten des Beklagten ein Schaden entstanden.

(Anträge ...)

Die Berufung ist zulässig, aber unbegründet. Die Klägerin hat gegen den Beklagten keinen Anspruch auf Zahlung des geltend gemachten Betrages.

Aus den Gründen:

Zwar standen den Anlegern, deren Ansprüche die Klägerin aus abgetretenem Recht verfolgt, möglicherweise Schadenersatzansprüche gegen den Beklagten zu. Diese können sich nach den Grundsätzen der positiven Vertragsverletzung im Hinblick auf eine Verletzung von Pflichten ergeben haben, die dem Beklagten aus den Treuhandverträgen mit den Anlegern oblagen.

Die Klägerin kann aber selbst dann, wenn die Anleger ihre Forderungen wirksam an sie abgetreten haben, hieraus keine Ansprüche gegen den Beklagten herleiten. Soweit sich ehemals den Anlegern zustehende Ansprüche jetzt in ihrer Hand befinden, ist nämlich zu berücksichtigen, **dass neben der möglichen Verpflichtung des Beklagten jedenfalls auch die Klägerin den Anlegern die Begleichung entsprechender Forderungen schuldete.**

Da intern im Innenverhältnis der Parteien allein die Klägerin für den Schaden und damit auch für den Ausgleich der Ansprüche der Anleger verantwortlich ist, kann sie von dem Beklagten auch nichts verlangen, nachdem ihr Ansprüche abgetreten worden sind, zu deren alleiniger Bedienung sie dem Beklagten ohnehin verpflichtet war.

I.

Ein Anspruch der Anleger gegen die Klägerin auf Rückzahlung der geleisteten Beträge ergibt sich aus § 812 Abs. 1 Satz 1 1. Alternative BGB.

Die Klägerin hat die Zahlungen der Anleger nämlich ohne Rechtsgrund erlangt. Ein Rechtsgrund ergab sich insbesondere nicht aus den zwischen den Anlegern und dem Beklagten geschlossenen Treuhandverträgen in Verbindung mit den erteilten Treuhandaufträgen.

Denn nach § 2 des Treuhandvertrages sollten die Zahlungen der Anleger an den Beklagten als ihren Treuhänder erfolgen. Der Treuhänder sollte die Beträge so lange auf Treuhandkonten verwalten, bis er für die Anleger eine Gesellschaftsbeteiligung unter Ausübung der ihm erteilten Vollmachten begründet hatte.

Ein Vertragsverhältnis zwischen der Klägerin und den Anlegern, das die Anleger zuvor zu einer direkten Zahlung von Einlagen an die Klägerin verpflichtete, sollte nicht entstehen.

Da aber der Beklagte als Vertreter der Anleger tatsächlich keine Gesellschaftsbeteiligungen der hier maßgeblichen Anleger herbeigeführt hat und dies mangels ihm formwirksam erteilter Vollmachten nach §§ 55 Abs. 1, 2 Abs. 2 GmbHG auch nicht konnte (vgl. hierzu z.B. Scholz/Priester, GmbHG 8. Aufl., § 55 Rdnr. 78 a.E.), ist auf der Grundlage des Treuhandvertrages keine Rechtsbeziehung zwischen der Klägerin und den Anlegern entstanden, aufgrund der die Klägerin Einlagen von den Anlegern beanspruchen konnte.

Etwas anderes ergibt sich auch nicht aus den von den Anlegern dem Beklagten konkret erteilten **Treuhaudaufträgen**. Denn nach diesen sollte sich das Vertragsverhältnis gerade nach dem in Bezug genommenen Treuhandvertrag richten. Zwar wurde in den Treuhaudaufträgen der Klägerin „bzw. ihrer bevollmächtigten Vertretung“ eine Einzugsermächtigung hinsichtlich 109 gleich bleibender Monatsbeträge von 100 DM erteilt. Zudem haben die Anleger zur Finanzierung der Stammeinlage Darlehen bei der Klägerin bzw. später bei der W.-KG aufgenommen.

Auch unter Berücksichtigung des Gesamtkonzepts dürfte deshalb davon auszugehen sein, dass die Anleger von vornherein eine direkte vertragliche Beziehung mit der Klägerin eingingen, nach der sie dieser gegenüber verpflichtet sein sollten, 100 DM monatlich auf ihren später zu begründenden Anteil zu zahlen.

Eine solche Verpflichtung bestand jedoch nicht hinsichtlich einer direkten, ungesicherten Zahlung an die Klägerin, sondern nur hinsichtlich der Zahlung von Beträgen, die der treuhänderischen Verwaltung durch den Beklagten bis zu dem Zeitpunkt unterlagen, zu dem Gesellschaftsanteile für die Anleger begründet waren. Eine derartige treuhänderische Verwaltung der gezahlten Beträge war nach § 2 des Treuhandvertrages ausdrücklich vorgesehen. Auch unter Berücksichtigung von Seite 8 des Prospektes, wo besonders damit geworben wurde, dass ein Notar als unabhängiger Treuhänder auftrete, **konnten die Anleger davon ausgehen, dass ihre Anzahlungen durch die Einschaltung des Beklagten so lange vor dem Zugriff der Klägerin gesichert waren, wie keine GmbH-Beteiligungen begründet worden waren.**

Die in den Treuhaudaufträgen vorgesehene Einzugsermächtigung der Klägerin war aus Sicht der Anleger deshalb dahin zu verstehen, dass Überweisungen auf ein Konto erfolgen würden, über das die Klägerin nicht ohne Mitwirkung des Beklagten als Treuhänder verfügen konnte. Der hier demgegenüber tatsächlich erfolgte direkte Zufluss der Beträge in das freie Vermögen der Klägerin erfolgte somit ohne Rechtsgrund, so dass die Klägerin zur Rückzahlung verpflichtet ist.

Falls man entgegen der Ansicht des Senats davon ausginge, dass die Anleger ihre Zahlungen mit Rechtsgrund an die Klägerin erbracht hätten, ergäbe sich ihr **Rückzahlungsanspruch zumindest aus § 326 Abs. 1 BGB**. Die Klägerin hat nämlich die von ihr geschuldete Leistung, die darin bestehen sollte, den Anlegern Beteiligungen zu verschaffen, mit Schreiben vom 28.6.1993 endgültig verweigert. In diesem Schreiben heißt es, es sei die Entscheidung getroffen worden, den ursprünglich geplanten Beteiligungsfonds aufzugeben.

Einer Fristsetzung mit Ablehnungsandrohung bedarf es nicht mehr, nachdem das Objekt unwiderruflich gescheitert ist. Bei dieser Sachlage braucht nicht entschieden zu werden, ob entsprechend den Ausführungen des Landgerichts in den am 15.2.1995 verkündeten Urteilen ein Rückzahlungs- bzw. Schadenersatzanspruch gegen die Klägerin auch aus den Grundsätzen der Prospekthaftung hergeleitet werden kann.

II.

Neben den gegen die Klägerin gerichteten Ansprüchen können auch Ansprüche der Anleger gegen den Beklagten aus **positiver Vertragsverletzung** bestehen. Der Beklagte hat nämlich seine den Anlegern gegenüber bestehenden Pflichten aus den Treuhandverträgen verletzt. Entgegen § 2 des Treuhandvertrages hat er es zugelassen, dass die von den Anlegern geleisteten Beträge direkt an die Klägerin flossen, ohne dass sie bis zur Begründung von Anteilen der Anleger seiner treuhänderischen Bindung unterlagen. Dies war ihm auch erkennbar, weil nach den von ihm angenommenen Treuhaudaufträgen die Anleger der Klägerin Einzugsermächtigungen erteilten. **Eine eigentliche Treuhandtätigkeit hat der Beklagte nicht ausgeübt. Er hat die Anleger auch nicht darauf hingewiesen, dass die Treuhand aufgrund direkter Zahlungen an die Klägerin leer lief.**

Entgegen der Ansicht des Landgerichts dürfte den Anlegern durch dieses Verhalten des Beklagten auch ein Schaden entstanden sein. Der Schaden besteht darin, dass die Anleger bei einem Scheitern ihrer Beteiligung an der Klägerin bei Durchführung des Treuhandvertrages einen ohne weiteres realisierbaren Anspruch auf Rückzahlung der auf ein Treuhandkonto geleisteten Zahlungen gehabt hätten, während sie nun aufgrund des direkten Zuflusses an die Klägerin nur eine ungesicherte und damit in ihrem Wert zweifelhafte Rückzahlungsforderung gegen die Klägerin haben (vgl. hierzu bei einem Treuhandverstoß eines Notars BGH, NJW 1987, 3201, 3202; BGH, NJW-RR 1990, 407; Rinsche, Die Haftung des Rechtsanwalts und des Notars 5. Aufl., Rdnr. II 213). Die Anleger sind hier darauf angewiesen, dass die Klägerin zur Rückzahlung bereit und in der Lage ist.

III.

Unabhängig davon, ob auch die sonstigen Voraussetzungen für das Bestehen von Ansprüchen der Anleger gegen den Beklagten bestehen, die diese an die Klägerin hätten abtreten können, **scheitert ein Anspruch der Klägerin gegen den Beklagten zumindest daran, dass die Klägerin im Innenverhältnis der Parteien für die Befriedigung der Anleger allein verantwortlich ist.** Dabei ist es ohne Bedeutung, ob man hinsichtlich der Verpflichtungen der Parteien gegenüber den Anlegern ein Gesamtschuldverhältnis annimmt, oder, wie es der Senat annimmt, davon ausgeht, dass die Parteien den Anlegern von vornherein abgestuft in der Weise Ersatzschulden, dass der Beklagte für die Klägerin quasi nur in Vorlage zu treten hätte.

1. Die Parteien haften den Anlegern nicht als Gesamtschuldner i.S.v. § 421 BGB, so dass der Beklagte schon deshalb nicht gemäß § 426 Abs. 1 BGB im Innenverhältnis zur Klägerin mitverantwortlich ist. **Zwar setzt ein Gesamtschuldverhältnis nicht voraus, dass die Forderungen des Gläubigers gegen die Schuldner auf demselben Rechtsgrund beruhen** (Palandt/Heinrichs, BGB 55. Aufl., § 421 Rdnr. 5). Im Einzelfall können sogar eine Schadenersatzschuld und eine Bereicherungsschuld Gesamtschulden bilden (siehe BGHZ 52, 39, 43).

Ein Gesamtschuldverhältnis scheidet jedoch grundsätzlich aus, wenn ein Schuldner der Erfüllung näher steht, weil der andere nur verpflichtet ist, das Risiko der Illiquidität des „näher“ Verpflichteten zu decken. Aus diesem

Grunde liegt nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs kein Gesamtschuldverhältnis vor, wenn ein Notar Schadenersatz wegen der Verletzung eines Treuhandauftrages, der durch die Verletzung begünstigte Dritte aber Rückzahlung schuldet (vgl. BGH, NJW 1987, 3201, 3202; BGH, NJW-RR 1990, 407, 408; Münch-Komm/Selb, BGB 3. Aufl., § 421 Rdnr. 25; Rinsche, a.a.O., Rdnr. II 213). Dasselbe muss gelten, wenn ein Treuhänder eine Pflicht nicht im Rahmen einer Notartätigkeit, sondern wie hier im Rahmen einer anwaltlichen Tätigkeit verletzt. Die für ein Gesamtschuldverhältnis erforderliche Gleichstufigkeit fehlt jedenfalls, wenn der Treuhänder lediglich zu verantworten hat, dass der Treugeber einen Rückzahlungsanspruch gegen einen Dritten möglicherweise nicht realisieren kann.

Falls man dennoch annähme, die Parteien haften den Anlegern als Gesamtschuldner, wäre die Klägerin im Innenverhältnis zum Beklagten dennoch allein verantwortlich. Zwar sind Gesamtschuldner gemäß § 426 Abs. 1 Satz 1 BGB im Verhältnis zueinander zu gleichen Anteilen verpflichtet, soweit nicht ein anderes bestimmt ist. **Eine anderweitige Bestimmung, die sich auch aus der Natur der Sache ergeben kann** (vgl. z.B. BGH, NJW 1992, 2286, 2287), **liegt hier aber vor.**

Bei der Verteilung des Schadens auf mehrere Ersatzpflichtige ist § 254 BGB entsprechend anzuwenden. Entscheidend ist **in erster Linie das Maß der Verursachung**, daneben aber auch das Verschulden. Beruht die Mithaftung eines Gesamtschuldners allein darauf, dass er den anderen Gesamtschuldner nicht ausreichend beaufsichtigt hat, ist der andere in der Regel allein ausgleichspflichtig (Palandt/Heinrichs, a.a.O., § 426 Rdnr. 10). Dass die Klägerin im Innenverhältnis zum Beklagten allein verpflichtet ist, folgt hier daraus, dass die von den Anlegern zurückverlangten Beträge der Klägerin tatsächlich zugeflossen sind, während die Pflichtverletzung des Beklagten im Wesentlichen darin besteht, dass er diesen direkten Zufluss nicht verhindert hat.

Bei dieser Sachlage müsste sich der Beklagte im Innenverhältnis zur Klägerin nur dann an der Begleichung der Forderungen der Anleger beteiligen, wenn er auch gegenüber der Klägerin eine Pflichtverletzung begangen hätte, die letztlich dazu geführt hätte, dass das Fondsmodell gescheitert ist und die zugeflossenen Beträge der Klägerin nicht verbleiben können.

Eine derartige Verletzung von Pflichten gegenüber der Klägerin ist jedoch nicht ersichtlich. Denn der Beklagte hat unstreitig die für die Werbung der Anleger entworfenen Verträge und den Prospekt nicht für die Klägerin überprüft. **Auch bei seiner Tätigkeit als Treuhänder sollte er ausdrücklich allein die Interessen der Anleger wahrnehmen.** Er hatte deshalb keine gegenüber der Klägerin bestehende Pflicht, diese auf Unzulänglichkeiten der Verträge hinzuweisen.

Die somit im Innenverhältnis abweichend vom Regelfall des § 426 Abs. 1 Satz 1 BGB bestehende **alleinige Verantwortlichkeit der Klägerin kann nicht dadurch umgangen werden, dass sich die Klägerin als eine Gesamtschuldnerin Ansprüche der Anleger gegen den Beklagten als anderen Gesamtschuldner hat abtreten lassen** (siehe BAG, NJW 1990, 3228, 3230; Palandt/Heinrichs, a.a.O., § 426 Rdnr. 10). Dem Anspruch der Klägerin gegen den Beklagten aus abgetretenem Recht steht gemäß § 242 BGB entgegen, **dass bei einer Befriedigung der abgetretenen Ansprüche durch den Beklagten die Ansprüche der Anleger gegen die Klägerin gemäß § 426 Abs. 2 BGB wegen der internen alleinigen Verantwortlichkeit der Klägerin voll auf den Beklagten übergingen bzw. er zumindest so zu stellen wäre und er deshalb sofort Rückzahlung von der Klägerin verlangen könnte.**

2. Wenn man entsprechend der oben bereits dargestellten Auffassung des Senats kein Gesamtschuldverhältnis zwischen den Parteien annimmt, weil sie nicht gleichrangig haften, ist die Klägerin dem Beklagten im Innenverhältnis erst recht allein zum Ausgleich der Ansprüche der Anleger verpflichtet.

Da der Beklagte den Anlegern nur deshalb haften kann, weil durch sein Verhalten ihre Position hinsichtlich der Rückforderung der geleisteten Beträge unsicherer geworden ist, wäre der Beklagte den Anlegern wegen des Grundsatzes der Vorteilsausgleichung (so BGH, NJW 1987, 3201, 3202) oder gemäß § 255 BGB (so BGH, NJW-RR 1990, 407; vgl. auch MünchKomm/Selb, a.a.O., § 421 Rdnr. 28) **zum Schadenersatz nur Zug um Zug gegen Abtretung der Ansprüche der Anleger gegen die Klägerin verpflichtet gewesen.** Im Rahmen des so genannten Zessionsregresses hätte er dann also vollen Ausgleich von der Klägerin verlangen können. Auch an dieser internen Verteilung hat sich aufgrund der Abtretung der Ansprüche der Anleger an die Klägerin nichts geändert.

Da gemäß § 404 BGB die dem Beklagten gegenüber den Anlegern zustehenden Einwendungen nach der Abtretung auch gegenüber der Klägerin zur Anwendung kommen, wäre der Beklagte der Klägerin nur Zug um Zug gegen Abtretung der Ansprüche der Anleger gegen die Klägerin verpflichtet, so dass der in diesem Rechtsstreit geltend gemachten Forderung der Klägerin aus abgetretenem Recht von vornherein auch unter diesem Gesichtspunkt gemäß § 242 BGB entgegensteht, dass sie dem Beklagten sofort zur Rückzahlung verpflichtet wäre.

GI Hinweis

Der Kauf eines Unternehmens ist eine schwerwiegende wirtschaftliche Entscheidung. Er setzt eine genaue Prüfung des Unternehmens und seines geschäftlichen Umfelds voraus.

Zu wissen, welche Kriterien hierbei zu beachten sind, ist für die effektive Beratung eines Käufers ebenso wichtig wie Kenntnisse über Gestaltungsmöglichkeiten und Abwicklung des Vertrages. In diesem schwierigen, komplexen Rechtsgebiet verbergen sich zahlreiche Fallen und Fehlerquellen, die ein hohes Haftungsrisiko beinhalten.

Das neue Checkbuch-Konzept entspricht den besonderen Bedürfnissen der Praxis. Ziel des Buchs ist es, Rechts- und Steuerberatern ebenso wie den betroffenen Unternehmensvertretern einen schnellen Überblick über die wichtigsten, gängigsten Fragestellungen rund um das Thema „Unternehmenskauf“ zu geben.

Dazu wurden alle wichtigen, praxisrelevanten Rechtsfragen und Entscheidungen herausgefiltert und übersichtlich in 20 Checklisten, die der Leser Schritt für Schritt – gleichsam zum „Abhaken“ – durchgehen kann, dargestellt.

Die Checklisten folgen einer fiktiven Beratungssituation. Der Leser des Buchs steht vor der Aufgabe, einen Unternehmenskauf zu gestalten oder zu überprüfen und möchte wissen, was zu tun und zu beachten ist.

Häger/Kieborz: Checkbuch Unternehmenskauf – 20 Checklisten von Vertragsschluss über Durchführung bis Haftung, von WP und StB Michael Häger, RA Jörg Kieborz – Verlag Dr. Otto Schmidt KG, Köln, 2000, 94 Seiten, DIN A 5, brosch., 64,- DM/32,72 EUR, für Mitglieder der Centrale für GmbH: 56,- DM/28,63 EUR, ISBN 3-504-64313-7

Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis

Heft 1-8

Amtspflichtverletzung

- Gehör, rechtliches 2000, 125
- StB-Kosten 2000, 125

Anlageberatung

- Abgrenzung
 - = > zur Steuerberatung 2000, 82
- Mitverschulden des Anlegers 2000, 82
- Schaden
 - = Vor- und Nachteile 2000, 82
- Zinsen
 - = >, unseriöse 2000, 82

Aufrechnung

- Honorarforderung
 - = Fälligkeit, Vollwirksamkeit 2000, 23

Belehrungspflicht des RA

- Mediator 2000, 42

Belehrungspflicht des StB/WP

- Angebot des FA 2000, 196
- >, umfassende 2000, 196
- Beweislast
 - = Belehrung, unterlassene 2000, 87
- Ehegatten-Arbeitsverhältnis 2000, 87
- Fahrtenbuch
 - = Belehrung, unterlassene 2000, 25
- Gesetzgebungsverfahren
 - = ErbStG 2000, 67
 - = Firmenübertragung 2000, 67
- Relativ sicherster Weg
 - = Gesetzesänderung 2000, 67
- Sicherster Weg 2000, 196

Berufung

- Klageänderung 2000, 33
- Klageanspruch 2000, 33

Berufungsbegründung

- Rechtsanwalt, zugelassener 2000, 153

Berufungsbegründungsfrist

- Mittellosigkeit der Partei 2000, 83
- Prozesskostenhilfeantrag 2000, 83

Betrug

- Beihilfe, § 27 StGB, des RA 2000, 82

Beweislast

- Beratung, unterlassene
 - = Substantiierung 2000, 87
- Kausalität
 - = Fahrtenbuch 2000, 25

Bilanzerstellung

- Prüfungspflichten
 - = Pensionsrückstellung 2000, 141
 - = Verträge 2000, 141

Dritthaftung

- Abschlussprüfung 2000, 71
- Auskunftsvertrag, stillschweigender
 - = Kontaktaufnahme 2000, 71
- Prüfungsauftrag 2000, 71
- Sacheinlage, verdeckte
 - = Anwaltsfehler 2000, 135
 - = Umwidmung 2000, 12
- Schädigung, sittenwidrige 2000, 71
- Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter
 - = Abschlussprüfung 2000, 71
 - = Gesellschafter 2000, 12, 135
 - = Kapitalerhöhung 2000, 12, 135
 - = Testat 2000, 71

Feststellungsklage

- Schadeneintritt 2000, 135

Freie Mitarbeiter

- Rechtsanwalt
 - = Rechtsweg, Arbeits-/Zivilgericht 2000, 82

Fristenkontrolle

- Aktenvorlage 2000, 9
 - = Fristensicherung 2000, 76
- Ausgangskontrolle
 - = >, abendliche 2000, 86
- Empfangsbekanntnis 2000, 57
- Fristenkontrollbuch
 - = Ausgangskontrolle 2000, 86
 - = Fristverfügung
 - Klebezettel 2000, 173
 - = Organisationsverschulden
 - Ablage, Sekretariat 2000, 173
 - Klebezettel 2000, 173
 - = Terminladung 2000, 57
- Fristenüberwachung durch RA
 - = > bei Vorfristablauf 2000, 9
- Fristlöschung
 - = Rechtsmittel 2000, 108
- Fristversäumnis, unverschuldetes
 - = Anweisung
 - Klebezettel 2000, 173
 - = Falschadressierung 2000, 109
 - = Fristberechnung 2000, 76
 - = Postlaufzeit 2000, 5
 - = Routinefrist 2000, 76
- Organisationsanweisung
 - = Adressierung 2000, 109
 - = Fristen-/Ausgangskontrolle 2000, 86
- Rechtsmittelauftrag
 - = Fristlöschung 2000, 108
- Versäumnisurteil 2000, 57
- Vorfrist
 - = Bearbeitungszeit 2000, 9

Gesamtschuld/-schuldner

- Fehler des zweiten StB 2000, 116, 193

- Treuhänder, Beteiligungsgesellschaft = Innenverhältnis	2000, 198	Honoraranspruch des StB/WP	
Geschäftsführung ohne Auftrag		- Aufrechnung = Einforderbarkeit, fehlende	2000, 23
- Fremdgeschäftsführungswille	2000, 165	- Buchführung = Gegenstandswert	2000, 172
- Parteivertreter, vollmachtsloser	2000, 165	- Einforderbarkeit, § 9 StBGebV = Gegenstandswert	2000, 172
GI Aktuell		- Gegenstandswert = Jahresumsatz	2000, 172
- Arbeitnehmerstatus, Rundfunk	2000, 106	- Honorarvereinbarung = >, mündliche	2000, 24
- Arbeitszimmer = Höchstbetrag	2000, 29	= Inhalt der >	2000, 24
= Lehrer	2000, 29	- Rechtsberatung	2000, 187
- Auskunftspflicht, § 93 AO = Stromversorger, Konten der Kunden	2000, 186	Kausalität	
- Belastung, außergewöhnliche = Altenpflegeheim, Kosten	2000, 159	- Gesetzesänderung, ErbStG	2000, 67
- Eigenheimzulage, Miteigentümer	2000, 186	- > zwischen Pflichtwidrigkeit und Schaden	
- Einbringung, Steuervergünstigung	2000, 56	= Fahrtenbuch	2000, 25
- Einmalzahlungen	2000, 184	- Unterbrechung der > = Rücksichtnahme gg. Arbeitnehmer	2000, 93
- Erbfolge, vorweggenommene = Last, dauernde	2000, 81	- Verhalten, beratungskonformes	2000, 67
= Versorgungsleistungen	2000, 81	Kenntnis des Steuerrechts	
- Gestaltungsmissbrauch = Kapitalanlagegesellschaft in Irland	2000, 133	- Vorlagebeschluss zum EuGH	2000, 193
- Grunderwerbsteuer = Bemessungsgrundlage, Baukosten	2000, 31	- Zeitschriften = DStR	2000, 193
- Haftung des Auftraggebers für Vorunternehmer	2000, 132	Klageverfahren	
- Jubiläumsrückstellung	2000, 80	- Streitgegenstand	2000, 33
- Kindergeld = Einkünfte der Kinder	2000, 158	Lohnbuchhaltung	
- Nachversteuerung, Arbeitnehmer	2000, 81	- Erstattungsanspruch gg. Arbeitnehmer	2000, 93
- Postlaufzeiten	2000, 5	- Sozialversicherung (s. dort)	
- Prozessdauer	2000, 28	Mahnbescheid	
- Realsplitting = Beschränkung, nachträgliche	2000, 158	- Klageverfahren, Parteiwechsel	2000, 146
- Solidaritätszuschlag	2000, 55	- Verzögerungen, Rückwirkung	2000, 146
- Sozialversicherungsbeitrag = Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld	2000, 3	Mandatsübernahme	
- Standesrecht = Kollegialitätspflicht	2000, 54	- Fristenlöschung	2000, 108
= Versäumnisurteil, § 13 BORA	2000, 54	- Rechtsanwalt	2000, 108
- Umsatzsteuer = Befreiung, Rechtsform	2000, 4	Mediator	
= Leistung, ärztliche	2000, 4	- Interessenkollision	2000, 42
= Heileurythmisten, § 4 Nr. 14 UStG	2000, 2	- Neutralität	2000, 42
- Veräußerungsgewinn	2000, 56	Mitverschulden	
- Vermietung = Nebenkostenumlage	2000, 107	- Kenntnis des Mandanten	2000, 116
- Vermittlungsausschuß	2000, 29	- Zurechnung des Verschuldens = > des zweiten StB	2000, 116
- Werbeverbot, Rechtsanwalt = Presse, Gruppenfoto	2000, 30	- Zweitberater, Verschulden des >, § 254 BGB	2000, 193
- Werbungskosten = Ehegattenzahlung	2000, 185	Mustereinspruch	
- Wiedereinsetzung = Postlaufzeit	2000, 5	- EuGH-Verfahren, anhängige	2000, 193
GmbH		Notar	
- Sacheinlage, verdeckte = Anwaltsfehler	2000, 135 2000, 12	- Amtspflicht = Treuhandtätigkeit	2000, 134
= Umwidmung	2000, 12	- Ersatzmöglichkeit, anderweitige = Betreuungstätigkeit	2000, 163
Honoraranspruch des RA		= Erfüllungsanspruch	2000, 63
- Mediator, § 20 BRAGO	2000, 42	= Schutzzweck, § 19 Abs. 1 Satz 2 BNotO	2000, 63
- Notgeschäftsführer	2000, 76	= Zeitpunkt der >	2000, 63

- Fälligkeitsbestätigung	2000, 163	Regressprozess	
- Parteivertreter, vollmachtsloser		- Mahnverfahren	
= Rechtsanwalt	2000, 165	(s. unter Mahnbescheid)	
- Tätigkeit, betreuende, § 24 BNotO		- Substantiierung	
= Grundstückskaufvertrag	2000, 134	= Steuerrecht, ausländisches	2000, 169
- Treuhandgelder		Schaden	
= > der Bank	2000, 134	- Hauskauf, Kaufpreis	2000, 149
		- Kosten	
		= Hauszufahrt	2000, 149
Parteiverrat, § 356 StGB		Schädigung, sittenwidrige, § 826 BGB	
- Mediator	2000, 42	- Abschlussprüfung	2000, 71
Pensionsrückstellung		Schutzgesetz i.S.v. § 823 Abs. 2 BGB	
- Prüfungspflichten	2000, 141	- § 323 HGB	2000, 71
Praxisveräußerung		- § 18 KWG	2000, 71
- Mandatsübernahme	2000, 39	- §§ 2, 43, 48 WPO	2000, 71
- Nichtigkeit, § 139 BGB	2000, 39		
Prozesskostenhilfe		Sozialversicherung	
- Berufungsbegründungsfrist	2000, 83	- Nachforderung	
- Rechtsmittelerklärung	2000, 84	= Verjährung, § 25 SGB IV	2000, 151
- Wirkung	2000, 84	- Versicherungspflicht	
		= Befreiungsantrag, § 8 Abs. 2 SGB V	2000, 151
Prüfungspflicht		= Kenntnis der >	2000, 151
- Bilanz, Pensionsrückstellung	2000, 141		
Rechtsanwalt		Sozietät	
- Angestellter, Vergütung		- Honorarklage	
= Sittenwidrigkeit	2000, 95	= Erhöhungsgebühr, § 6 BRAGO	2000, 153
- Arbeitnehmerähnliche Person,		- Verjährung, §§ 68 StBerG, 51a WPO	2000, 176
§ 5 Abs. 1 Satz 1 ArbGG	2000, 82	- Vertrag mit Sozietät	
- Beratungspflichten		= > aus WP und StB	2000, 176
= Bonitätsproblem	2000, 36		
= Kaufvertrag	2000, 36	Steuerberatungsgesetz	
= Unfallschaden	2000, 140	- § 33, Hilfeleistung in Steuersachen	
- Berufungsgericht		= Dienstleistungsfreiheit, Art. 59 EGV	2000, 134
= Schriftsatz an >	2000, 153	= >, unerlaubte	2000, 134
- Beurkundung, Parteivertreter	2000, 165	= Rechenzentrum	2000, 134
- Empfangsbekanntnis	2000, 57		
- Freier Mitarbeiter	2000, 82	Steuerberatungsvertrag	
- Kündigungsschutzklage		- Betreuungspflicht	
= > gg. Gemeinschuldner,		= Rechtsberatungsauftrag	2000, 5
Konkursverwalter	2000, 192	- Haftung, Steuerberatungsfehler	2000, 5
- Nachfragepflicht		- Nichtigkeit, § 134 BGB	
= Mandatsinhalt	2000, 140	= Rechtsberatung, unerlaubte	2000, 5
- Postulationsfähigkeit	2000, 153		
- Rechtsmittelauftrag		Steuererklärung	
= Auftragsannahme	2000, 108	- Forderung des FA, Eröffnungsbilanz	2000, 116
= Fristnotierung	2000, 108		
- Sachverhaltsermittlung	2000, 140	Treuhänder	
- Terminladung	2000, 57	- Gesamtschuld	
- Vergütung, angemessene, § 612 BGB	2000, 95	= Beteiligungsgesellschaft	2000, 198
- Versäumnisurteil	2000, 57	- Notar	
		= Bankgelder	2000, 134
Rechtsberatung/Rechtsbesorgung		Unterlassungsanspruch	
- Ergebnisabführungsvertrag	2000, 5	- Rechtsverteidigung	2000, 134
- Honoraranspruch des StB	2000, 187	- Tatsachenbehauptung/Schmähkritik	2000, 134
- Pflicht zur Hinzuziehung eines RA	2000, 5		
- Schadenersatz wg. verbotener >	2000, 5	Verjährung, § 852 BGB, § 19 BNotO	
- Steuerberatungsvertrag	2000, 5	- Ersatzmöglichkeit, anderweitige	2000, 163
		- Verjährungsbeginn	
Rechtsmittelauftrag		= Ersatzmöglichkeit, anderweitige	2000, 163
- Auftragsbestätigung	2000, 108	= Fälligkeitsbestätigung	2000, 163
- Fristlöschung	2000, 108		

Verjährung, § 51 BRAO a.F., § 51b BRAO n.F.

- Belehrung über Fehler und Verjährungsvorschrift, Sekundäranspruch
 - = Anlass für > 2000, 120
 - = Belehrung, fehlerhafte 2000, 120
 - = Belehrungsinhalt 2000, 120
- Verjährungsbeginn
 - = Ausschlussfrist, versäumte 2000, 120

Verjährung, § 68 StBerG, § 51a WPO

- Anerkenntnis 2000, 90
- Arglisteinwand 2000, 113
- Belehrung über Fehler und Verjährungsvorschrift, Sekundäranspruch
 - = Anlass für > 2000, 5, 50, 113
 - = Belehrungsbedürftigkeit 2000, 113
 - = Ende der >, Beratung durch neuen StB 2000, 5
 - = Wiederholung des Fehlers 2000, 50
- Rechtsausübung, unzulässige 2000, 90
- Sozietät aus WP und StB 2000, 176
- Verjährungsbeginn
 - = Bekanntgabe des Steuerbescheides 2000, 50
 - = Mandatsende 2000, 116
 - = Rat, fehlerhafter 2000, 50
 - = Sekundäranspruch 2000, 116
 - = Steuererklärung
 - § 10e EStG 2000, 50
 - Wiederholung des Fehlers 2000, 90
- Verjährungshemmung
 - = Rechtsausübung, unzulässige 2000, 90
 - = Verhandlung 2000, 113
- Verjährungsunterbrechung
 - = Anerkenntnis 2000, 90, 113
- Verzicht 2000, 90
- WP- und StB-Sozietät 2000, 176

Verjährungsunterbrechung

- Anerkenntnis 2000, 90
- Mahnbescheid 2000, 10
- Verzicht 2000, 90
- Zustellung „demnächst“ 2000, 10

Vermögensverwalter

- Anlagepolitik, Aktienkäufe 2000, 32
- Informationspflicht 2000, 32

Verschwiegenheit

- Praxisveräußerung 2000, 39

Versicherungsschutz

- Angaben zur Kündigung des Vorvertrages 2000, 127
- Pflichtverletzung, wissentliche
 - = Postausgangsorganisation, fehlende 2000, 174
- Rücktritt des Versicherers 2000, 127
- Versichererwechsel 2000, 127

Werbeverbot

- Gruppenfoto 2000, 30
- Presseveröffentlichung 2000, 30
- Steuerberatung, unbefugte 2000, 134

Wettbewerb, unlauterer, § 3 UWG

- Steuerberatung, unbefugte 2000, 134

Wiedereinsetzung

- Antrag
 - = Prozesshandlung, nachzuholende 2000, 110
- Mittellosigkeit der Partei 2000, 83

Wirtschaftsprüfer

- Stimmrechtsvertreter 2000, 127
- Zulassung
 - = Rückwärtsversicherung 2000, 32
 - = Vermögensverfall 2000, 32
 - = Versicherungsschutz, fehlender 2000, 32

- BVerfG v. 11.1.1995 - 1 BvR 892/88 2000, 3
- BVerfG v. 29.10.1999 - 2 BvR 1264/90 2000, 2
- BVerfG v. 10.11.1999 - 2 BvR 2861/93 2000, 4
- BVerfG v. 11.11.1999 - 1 BvR 762/99 2000, 5
- BVerfG v. 17.11.1999 - 1 BvR 1708/99 2000, 28
- BVerfG v. 19.11.1999 - 2 BvR 1167/96 2000, 55
- BVerfG v. 29.11.1999 - 1 BvR 2284/98 2000, 30
- BVerfG v. 7.12.1999 - 2 BvR 301/98 2000, 29
- BVerfG v. 14.12.1999 - 1 BvR 1327/98 2000, 54
- BVerfG v. 18.2.2000 - 1 BvR 491/93, 1 BvR 562/93, 1 BvR 624/98 2000, 106
- BVerfG v. 24.5.2000 - 1 BvL 1/98 u.a. 2000, 184

- BGH v. 28.1.1999 - IX ZR 240/98 2000, 63
- BGH v. 25.3.1999 - IX ZR 283/97 2000, 36
- BGH v. 22.4.1999 - IX ZR 364/98 2000, 57
- = MDR 99, 1025
- BGH v. 6.5.1999 - IX ZR 250/98 2000, 33
- BGH v. 27.5.1999 - VII ZR 24/98 2000, 10
- BGH v. 7.6.1999 - II ZB 25/98 2000, 110
- BGH v. 17.6.1999 - IX ZR 100/98 2000, 163
- BGH v. 17.6.1999 - IX ZB 32/99 2000, 9
- BGH v. 24.6.1999 - V ZB 19/99 2000, 83
- BGH v. 24.6.1999 - IX ZB 30/99 2000, 84
- BGH v. 20.9.1999 - 5 StR 729/98 2000, 82
- = wistra 99, 459
- BGH v. 30.9.1999 - IX ZR 139/98 2000, 5
- BGH v. 5.10.1999 - VI ZB 22/99 2000, 160
- BGH v. 15.10.1999 - V ZR 50/99 2000, 109
- BGH v. 21.10.1999 - VII ZR 185/98 2000, 132
- BGH v. 8.11.1999 - II ZB 4/99 2000, 108
- BGH v. 2.12.1999 - IX ZR 415/98 2000, 135
- BGH v. 13.1.2000 - VII ZR 38/99 2000, 132
- BGH v. 17.2.2000 - IX ZR 50/98 2000, 187

- KG Berlin v. 12.1.1999 - 1 W 576/97 2000, 153
- = OLG-Report 99, 191
- KG Berlin v. 18.1.1999 - 8 U 3790, 97 2000, 153
- = OLG-Report 99, 244
- KG Berlin v. 20.1.1999 - 13 U 4044/97 2000, 25
- KG Berlin v. 9.9.1999 - 16 U 8959/98 2000, 93

- OLG Braunschweig v. 1.9.1999 - 2 W 125/99 2000, 134
- = OLG-Report 99, 380

- OLG Celle v. 5.3.1999 - 4 U 216/98 2000, 86
- = OLG-Report 99, 278

OLG Dresden v. 1.9.1998 – 14 U 174/98 = OLG-Report 99, 286	2000, 134	LG Berlin v. 27.11.1997 – 13 O 19/97 = BB 99, 1591	2000, 125
OLG Düsseldorf v. 12.6.1997 – 13 U 92/96	2000, 23	LG Düsseldorf v. 10.8.1999 – 10 O 526/98, rkr.	2000, 50
OLG Düsseldorf v. 12.6.1997 – 13 U 124/96	2000, 24		
OLG Düsseldorf v. 29.10.1998 – 6 U 185/97	2000, 12		
OLG Düsseldorf v. 3.12.1998 – 13 U 225/97	2000, 146	LG Hamburg v. 22.6.1998 – 402 O 70/97 = WM 99, 139	2000, 71
OLG Düsseldorf v. 10.12.1998 – 13 U 38/98	2000, 67		
OLG Düsseldorf v. 17.12.1998 – 13 U 100/97, n.rkr.	2000, 116	LG Marburg v. 24.6.1999 – 1 O 89/99, rkr.	2000, 149
OLG Düsseldorf v. 7.1.1999 – 13 U 230/97	2000, 90		
OLG Düsseldorf v. 28.1.1999 – 13 U 144/97	2000, 87	LG Oldenburg v. 29.1.1999 – 6 O 1357/98, rkr.	2000, 176
OLG Düsseldorf v. 28.1.1999 – 13 U 43/98	2000, 196		
OLG Düsseldorf v. 18.2.1999 – 13 U 60/98	2000, 141		
OLG Düsseldorf v. 2.3.1999 – 4 U 37/98 = OLG-Report 2000, 11	2000, 127	LG Ulm v. 30.10.1998 – I Kls 23 Js 18323/96 I AK 80/97 = wistra 99, 113	2000, 76
OLG Frankfurt v. 15.4.1999 – 1 U 26/98 = OLG-Report 99, 178	2000, 192		
OLG Hamburg v. 8.6.1998 – 14 U 80/98 = OLG-Report 99, 219	2000, 173	BFH v. 22.9.1999 – XI R 121/96 BFH v. 18.10.1999 – GrS 2/98 BFH v. 27.10.1999 – II R 17/99 BFH v. 10.11.1999 – X R 60/95 BFH v. 10.11.1999 – X R 46/97 BFH v. 2.12.1999 – IX R 45/95, IX R 21/96 BFH v. 14.12.1999 – IX R 69/98 BFH v. 19.1.2000 – I R 94/97 BFH v. 22.2.2000 – VII R 73/98 BFH v. 24.2.2000 – III R 80/97 BFH v. 1./2.3.2000 – VI R 162/98, VI R 196/98, VI R 13/99, VI R 19/99 BFH v. 6.4.2000 – IX R 90/97	2000, 158 2000, 56 2000, 31 2000, 80 2000, 81 2000, 185 2000, 107 2000, 133 2000, 186 2000, 159 2000, 158 2000, 186
OLG Hamm v. 11.6.1996 – 28 U 185/95	2000, 198		
OLG Hamm v. 20.11.1997 – 28 U 115/97, rkr. nach Nichtannahmebeschl. d. BGH v. 8.10.1998 – IX ZR 5/98 = OLG-Report 99, 296	2000, 120		
OLG Hamm v. 20.10.1998 – 28 U 79/97	2000, 42		
OLG Hamm v. 22.1.1999 – 29 U 42/98 = OLG-Report 99, 238	2000, 165		
OLG Hamm v. 24.2.1999 – 25 U 131/98	2000, 193		
OLG Karlsruhe v. 24.2.1999 – 6 U 142/98 = OLG-Report 99, 228	2000, 127	VG Dessau v. 23.7.1997 – 2 A 50/95 = WPK-Mitt 97, 320	2000, 32
OLG Koblenz v. 20.1.1999 – 1 U 903/96 = OLG-Report 99, 342	2000, 134		
OLG Koblenz v. 23.7.1999 – 8 U 2086/98 = OLG-Report 99, 503	2000, 39	BAG v. 14.12.1999 – 3 AZR 713/98 ArbG Hersfeld v. 4.11.1998 – 2 Ca 255/98	2000, 81 2000, 95
OLG Köln v. 6.11.1998 – 20 U 73/98	2000, 169		
OLG Köln v. 22.1.1999 – 20 U 40/98 = OLG-Report 99, 299	2000, 32		
OLG Köln v. 28.5.1999 – 11 U 265/98 = OLG-Report 99, 302	2000, 134	SG Dortmund v. 15.6.1999 – S 8 KR 191/98	2000, 151
OLG Köln v. 4.8.1999 – 5 U 74/99	2000, 140		
OLG München v. 24.11.1998 – 29 W 3071/98 = OLG-Report 99, 279	2000, 82		
OLG Oldenburg v. 1.9.1998 – 5 U 74/98	2000, 172		
OLG Rostock v. 16.6.1999 – 6 U 2/98 = OLG-Report 99, 374	2000, 76		
OLG Stuttgart v. 4.3.1998 – 9 U 255/97, rkr. nach Nichtannahmebeschl. d. BGH v. 28.1.1999 – III ZR 100/98 = OLG-Report 99, 210	2000, 82		
OLG Stuttgart v. 28.5.1998 – 7 U 202/97	2000, 174		
OLG Zweibrücken v. 25.1.1999 – 7 U 131/98 = OLG-Report 99, 431	2000, 113		

Notarhaftung • Satzungsänderung • Weisung: Rücknahme des Handelsregisterantrags • Anderweitige Ersatzmöglichkeit • Verdeckte Gewinnausschüttung (BGH); Steuerberaterhonorar/-haftung • Verjährung, Buchführungshonorar • Fälligkeit • Verschmelzung, Unterkapitalisierung • Rechtsangelegen-

heit • Umbuchungen, Nachbesserungsrecht des Steuerberaters (OLG Hamm); Treuhandkonto • Steuerberater • Kontoinhaber • Aufklärungspflicht der Bank (LG Hanau)

und aktuelle Entscheidungen, die von besonderer Bedeutung sind



BEIHETER:

Das Past-Service-Modell ist ein Deckungskonzept zur Insolvenz-sicherung für beherrschende Gesellschafter-Geschäftsführer. Es lässt sich bereits bei Einrichtung optimal finanzieren und führt darüber hinaus zu einem

langfristig deutlich reduzierten Aufwand.

Weitere Informationen finden Sie in der GI-Beilage dieser Ausgabe. Bestellungen an GI-Service Fax-Hotline (02 21) 144-5155.

IMPRESSUM

GI Gerling Informationen für wirtschaftsprüfende, rechts- und steuerberatende Berufe
ISSN 1430-550 X

Herausgeber:

Gerling
Marketing Freie Berufe
50597 Köln
Telefon: (02 21) 1 44-53 54
Telefax: (02 21) 1 44-51 55

Redaktion:

Dr. Jürgen Gräfe, Rechtsanwalt,
Fachanwalt für Steuerrecht
(verantwortlich für den Inhalt)

Erscheinungsweise:

12 mal im Jahr, jeweils am
10. des Monats

Verlag:

Verlag Dr. Otto Schmidt KG,
Unter den Ulmen 96-98, 50968 Köln

Layout und Satz:

Type Connection,
Bonner Straße 48, 50374 Erftstadt

Druck:

Westholsteinische Verlagsdruckerei
Boyens & Co.,
Wulf-Isebrand-Platz 1-3, 25746 Heide

Bezugsmöglichkeiten:

Nur im Jahresabonnement.
Preis: DM 96,- jährlich inklusive
Mehrwertsteuer und Versandkosten.
Die Postgebühren sind jeweils eingeschlossen. Bestellungen nimmt der Herausgeber entgegen.